



**syndicom**

GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION  
SYNDICAT DES MÉDIAS ET DE LA COMMUNICATION  
SINDACATO DEI MEDIA E DELLA COMUNICAZIONE  
SINDICAT DA LAS MEDIAS E DA LA COMMUNICAZIUN

Unser  
Service public:  
modern und  
krisentauglich

Kongress 2021

**Impressum:**

© syndicom, Monbijoustrasse 33, Postfach, 3001 Bern

1. Auflage Oktober 2021

Autor: Daniel Mürger

Übersetzung: Service de traduction

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

## **Grundsatz**

Der Service public dient als Gemeingut dem Allgemeininteresse. Eine starke öffentliche Infrastruktur und öffentliche Dienste, zu deren Leistungen alle einen diskriminierungsfreien Zugang haben, sind nicht nur konkrete Gerechtigkeit, sondern eine Voraussetzung der Demokratie und garantieren die soziale Kohäsion der Gesellschaft. Der Zugang, aber vor allem der Ausbau des Service public und damit der Gemeinwirtschaft, ist ein Kernanliegen von syndicom und im Interesse aller.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Intro</b> .....	<b>2</b>
<b>Exkurs. Der ökonomische Kontext: die doppelte Krise</b> .....	<b>5</b>
<b>1 Was wir unter Service public verstehen</b> .....	<b>7</b>
1.1 Der einwohnernahe Service public .....	8
<b>2 New Public Management und neoliberale Strategien</b> .....	<b>9</b>
<b>3 Digitalisierung</b> .....	<b>10</b>
3.1 Digitale öffentliche Verwaltung.....	10
3.2 Homeoffice, Plattformarbeit.....	11
3.3 Datenhoheit, Kontrolle und Digitale Grundrechte.....	12
3.4 Digital Divide und Medienökologie.....	14
<b>4 Arbeit und Sozialpartnerschaft</b> .....	<b>14</b>
<b>5 Privatisierungen</b> .....	<b>15</b>
<b>6 Sozialversicherungen</b> .....	<b>15</b>
<b>7 Ökologie, Pandemie, Demokratie</b> .....	<b>15</b>
<b>8 Schulden und Steuern</b> .....	<b>16</b>
<b>9 Unser Service public</b> .....	<b>17</b>
<b>10 Digital muss sozial umgesetzt werden</b> .....	<b>18</b>
10.1 Die drei Ebenen unserer Intervention .....	19
10.2 Mindmap Digitaler Service public.....	20
10.3 Das Klickproletariat und das Projekt, einen Universellen Arbeitsvertrag einzurichten.....	22
<b>11 Service public in den Sektoren und IG</b> .....	<b>24</b>
11.1 Sektor Logistik.....	24
11.2 Sektor ICT .....	25
11.3 Sektor Medien.....	26
11.4 Interessengruppen .....	27

## Intro

*Niemals hat sich die Bedeutung der öffentlichen Hand und ihrer Dienste so deutlich offenbart wie in der Wirtschafts- und Corona-Krise, die 2020 begann. Der Service public ist das Fundament, auf dem die Schweiz steht. An seinem Um- und Ausbau wird sich entscheiden, ob und in welcher Verfassung das Land aus der Krise kommt, wie sich die Schweiz und ihre Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten weiterentwickeln. Eine unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Prosperität in der Schweiz ist ein starker Service public, das zeigt uns die Geschichte unseres Landes.*

Der Grundgedanke des Service public geht auf die Aufklärung im 18. Jahrhundert zurück: Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn der Konzentration von Besitz, Einkommen, Macht und Chancen in wenigen Händen zum Ausgleich ein Gemeingut (der Service public) entgegengehalten wird, ein Gemeinbesitz, der allen ohne Diskriminierung Zugang zu elementaren Gütern wie Ausbildung, materielle und physische Sicherheit, Krankenversorgung, Infrastrukturen, Rechtssicherheit, demokratische Rechte, Information und einiges mehr garantiert.

*Ein guter Service public ist keine Option,  
er ist die Voraussetzung für Demokratie und zivilen Frieden.*

Was der Service public leisten muss, wird durch die Bedürfnisse der Bevölkerung bestimmt. Veränderte Verhältnisse bringen veränderte und teilweise neue Bedürfnisse hervor. Heute stellen die beschleunigte Digitalisierung, die soziale Krise, die repetitiven und zunehmend brachialen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft, Covid-19 und die Wahrscheinlichkeit neuer Pandemien, die extrem angewachsene Ungleichverteilung von Gütern und Chancen, die Notwendigkeit des ökologischen Umbaus und der Zerfall der demokratischen Öffentlichkeit durch Entwicklungen im Medienbereich den Service public vor immense, teilweise bisher unbekannte Herausforderungen. Die Bedürfnisse der Menschen verlangen die Neuerfindung, Weiterentwicklung und die Stärkung des Service public.

Den Gewerkschaften des Service public kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Nehmen sie diese Rolle nicht wahr, verlieren sie ihre Existenzberechtigung. Dabei dürfen sie sich nicht allein auf die Bestandssicherung, die Arbeitsplätze und die Löhne konzentrieren. Von den Gewerkschafter\*innen müssen vielmehr die Impulse für die Neugestaltung des Service public ausgehen. Und sie müssen dafür sorgen, dass dieser neue Service public das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mitgestaltet – wie es der Service public schon früher getan hat. Diese ordnende Rolle zu erkennen und wahrzunehmen, ist entscheidend für die Zukunft der Arbeit, die Gewerkschaftsbewegung und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

**1** Der Service public hat in der Corona-Krise die Einwohner\*innen geschützt und die Schweiz am Laufen gehalten. Ohne seine bindende Kraft wäre die Gesellschaft auseinandergebrochen.

**2** Was viele ausgeblendet hatten, liegt nun wieder deutlich vor aller Augen: Der soziale Frieden, die Grundrechte der Menschen und die Demokratie bauen auf einen starken Service public. Er ist unser wichtigstes *Gemeingut*. 2020 wurde immer wieder kommentiert, die zentrale Rolle des Staates sei zurück. Das ist eine oberflächliche und missverständliche Betrachtung. Wir müssen die Rollen der Bereiche Staat, öffentliche Hand, Politik und Service public verstehen und

differenzieren. Dann zeigt sich, dass der Service public eine gewisse Autonomie an der Schnittstelle von Einwohner\*innen und Staat hat.

**3** Länder mit einem funktionierenden, leistungsfähigen Service public und vergleichsweise geringeren sozialen Unterschieden können Krisen besser als andere Länder meistern.

**4** Die dringende Notwendigkeit des ökologischen Umbaus und die heute bereits eintretenden ökologischen Krisen, die Digitalisierung, aber auch die wiederholten Beinahe-Zusammenbrüche des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und die wachsenden sozialen Unterschiede verlangen zwingend eine *Stärkung des Service public*.

**5** Weil sich in der Corona-Krise bestimmende Trends wie die Digitalisierung, die Konzentration des Kapitals, die Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung und Zuspitzung sozialer Unterschiede beschleunigt, muss diese Stärkung des Service public *rasch* geschehen.

**6** Insbesondere die Digitalisierung stellt den Service public vor bisher unbekannte Aufgaben. So müssen etwa neue Mechanismen für den Datenschutz und die Datenhoheit der Einzelnen erfunden werden (was bisher dazu vorliegt, ist völlig ungenügend). Der *Digital Divide*, die digitale Spaltung der Gesellschaft, die Ältere, Frauen, Migrant\*innen, die Jüngsten und weitere Gruppen trifft, also benachteiligt, muss mit neuen öffentlichen Diensten bekämpft werden. Die Auslagerung von Arbeit in prekäre Vertragsformen und der digitale Taylorismus sind zentrale Herausforderungen für die Gewerkschaft – und mit diesen drei Beispielen ist das Problem Digitalisierung erst grob umrissen. Es braucht die *Einrichtung neuer öffentlicher Dienste*, um die elementaren Rechte der Bürger\*innen zu schützen, den digitalen Umbau sozial zu gestalten und die digitalen Chancen für eine Vertiefung der Demokratie, bessere Arbeit und die Bewältigung der ökologischen Krise zu nutzen.

**7** Obschon die zentrale Rolle des Service public in dieser Krise offensichtlich ist, führen die bürgerliche Mehrheiten in den Parlamenten und die Wirtschaftsverbände den neoliberalen Abriss am Service public weiter. Den Hebel dazu sollen die neuen «Schulden» liefern, die für die Rettungspakete aufgehäuft werden. Der Finanzminister hat ein hartes Sparprogramm und die Streichung von vielen Stellen angekündigt. Werden die Rettungspakete nicht aus den Rechnungen von Bund und Kantonen ausgegliedert, werden diese Sparprogramme zuvorderst den Service public und die Sozialwerke treffen. Sowohl wirtschaftswissenschaftlich wie realvolkswirtschaftlich ist diese «Schulden-Sparen»-Mechanik zwar blanker Unsinn, doch sie erfordert eine genaue und offensive Argumentation von gewerkschaftlicher Seite. Die Gewerkschaften müssen rasch ein breites Bündnis bauen, um den verstärkten neoliberalen Angriff abzuschlagen und ihn mit einer Gegenoffensive für einen modernen Service public zu kontern.

**8** Gelingt es Gewerkschaften und den anderen Kräften des sozialen Fortschritts nicht, diesen Politikwechsel zu erzwingen, bleiben die grossen gesellschaftlichen Baustellen Ökologie und Bekämpfung der wachsenden Armut auf der Strecke.

**9** Gelingt es weiter nicht, die «Schulden-Sparen»-Mechanik aufzubrechen, wird der Service public weiter abgebaut werden in einer Zeit, da seine Stärkung notwendig wäre.

**10** Die Ordnung der sozialen Beziehungen (das Verhältnis von Kapital und Arbeit) ist in Zeiten solcher Umbrüche immer eine *Auseinandersetzung mit offenem Ausgang*. Das fasst, was die Gewerkschaften nun leisten müssen. Die Besitzenden wollen die Krise nutzen, um 150 Jahre sozialer Errungenschaften zurückzudrehen. Im Programm der heute dominierenden Neoliberalen muss dafür zuerst der Service public stark reduziert, privatisiert und teilweise zerstört werden (dies ist seit Jahren das publizierte und öffentlich immer wieder genannte Ziel, etwa in der Wirtschaftspresse). Wir Gewerkschaften wollen die Krise lösen, indem wir *soziale und gesellschaftliche Fortschritte* durchsetzen. Grundlage dafür ist der Ausbau und die Modernisierung des Service public.

Die Geschichte lehrt uns, dass gesellschaftliche Fortschritte gerade in Krisenzeiten erzwungen werden können. Deshalb sollten die Gewerkschaften diese Auseinandersetzungen *offensiv führen*.

Die nächsten Jahre bieten offene Zeitfenster, um eine soziale Digitalisierung (digitaler Service public), die Verkürzung der Arbeitszeit, die Regulierung der Banken und Fonds und einiges mehr in der demokratischen Diskussion zuoberst auf die Agenda zu setzen.

**11** Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist auf dem Prüfstand. Soziale Probleme zeigen sich nun in ganzer Schärfe, klarer noch als 2008. Ebenso die wirtschaftlichen Widersprüche. Ein Wirtschaftssystem, das um die Interessen von Kapital, Finanzen (Banken, Fonds, Versicherungen, Treuhänder etc.) und die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche (auch Finanzialisierung<sup>1</sup> genannt) gebaut ist, bringt ständig schärfere Finanzkrisen hervor, lähmt die Investitionen und die Innovation, verschärft die Einkommens- und Vermögensunterschiede und spaltet die Gesellschaft.

**12** Die Arbeitenden haben sich in Gewerkschaften zusammengetan, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und bessere Chancen für ihre Kinder zu erkämpfen. Also um sich von ökonomischen Zwängen und dem Diktat der Aktionäre zu emanzipieren. Oft haben die Gewerkschaften dies erfolgreich getan. Das Resultat war eine Art Gesellschaftsvertrag, ein sozialer Kompromiss. Seit den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts sind soziale Errungenschaften durch die Neoliberalen unter Dauerbeschuss. Angesichts der sozialen und ökologischen Krisen, die sie angerichtet haben, genügt es nicht mehr, allein für bessere Löhne und mehr freie Zeit einzustehen. Als grösste organisierte gesellschaftliche Kraft müssen Gewerkschaften heute ihre Themen und ihr Mandat über die Betriebe hinaus erweitern. Wie im beginnenden 20. Jahrhundert müssen sie im 21. Jahrhundert wieder zur gestaltenden politischen Macht werden. Dabei werden sie unter anderem starken Gebrauch von sämtlichen Instrumenten der direkten Demokratie machen müssen.

---

<sup>1</sup> Unter Finanzialisierung verstehen wir die Unterordnung nicht nur der wirtschaftlichen Mechanismen, sondern der gesamten Gesellschaft (Staat, Politik, Gruppen, Menschen) unter die Regeln der Finanzwirtschaft. Das äussert sich etwa darin, dass Gewinne nicht in Investitionen fließen, sondern in spekulative Finanzmärkte. Oder dass gesunde Unternehmen zerschlagen werden, um ihre Substanz zu versilbern. Oder dass zentrale Lebensbereiche, etwa die Erziehung, die Altersvorsorge und die Gesundheit, nicht mehr auf öffentliche Dienste bauen können, weil diese privatisiert werden – danach müssen die Einwohner\*innen diese essenziellen Dienste erkaufen – wenn sie die Mittel haben. Oder dass die Börse boomt, während die reale Wirtschaft crasht und Millionen arbeitslos sind. Der Finanzkapitalismus hat seit den 1990er-Jahren durch die Deregulierung der Finanzmärkte das Kommando in der Wirtschaft übernommen. Im Kern des neuen Dispositivs stehen gigantische Finanzfonds wie BlackRock (1988 gegründet), der mit 7,4 Billionen US-Dollar (7400 Milliarden) verwalteten Vermögen weit mächtiger ist als die meisten Staaten.

## **Exkurs. Der ökonomische Kontext: die doppelte Krise**

Eine Tatsache an dieser Krise ist zutiefst verstörend. Jahrelang galt, wenn es um Sozialwerke, sozialen Fortschritt oder wichtige Investitionen ging: «Es ist kein Geld vorhanden». Die öffentlichen Investitionen sanken regelmässig, wofür sogar die OECD die Schweiz kritisierte (die privaten Investitionen sind längst ökonomisch ungenügend). 2020 wurden mit einem Schlag viele Dutzende Milliarden Franken öffentlichen Geldes für die Krisenrettung lockergemacht – mehr als doppelt so viel wie in der Finanzkrise 2008. Wozu? Wurde damit ein ökologischer Umbau angestossen, der Zehntausende neuer Arbeitsplätze geschaffen hätte (wie es gegenwärtig in mehreren EU-Staaten und in China geschieht)? Oder wurde eine Offensive für eine demokratische Digitalisierung gestartet? In die Ausbildung investiert? Oder wurden damit zumindest hinaufgebaute Infrastrukturen erneuert? Nein. Der grösste Teil der rund 100 Milliarden Franken floss in eine weitere Bankrettung und in die Konzerne. Die Schweiz verpasst gerade eine immense Chance. Sie hat keine öffentliche Investitionspolitik. Welche politische Kraft kann eine solche Investitionspolitik formulieren, einfordern und durchsetzen – wenn nicht die Gewerkschaften ...

Um die Wucht und die Folgen der laufenden Krise zu erfassen, müssen wir verstehen, dass die Corona-Krise (Lockdown etc.) eine Krise des Weltwirtschaftssystems überschattet, die bereits längere Zeit vor dem Ausbruch von Covid-19 begann.

Dies äusserte sich etwa in einem Rückgang der Industrieproduktion ab Ende 2018 (in einzelnen Sektoren wie der Automobilindustrie war dieser Rückgang sogar markant), in depressiven Bestellungs- und Einkaufsindizes, im Crash der Ölpreise, in extrem aufgeblähten Finanzmärkten, im lahmenden Welthandel vor dem Lockdown, in massiven Bankenstützungen (gemäss US-Notenbank FED rund 1000 Milliarden Dollar im Jahr 2019), in der notwendig gewordenen Flutung der Welt mit Dollar-Liquiditäten durch eine koordinierte Aktion der wichtigsten Zentralbanken (unter Beteiligung der SNB) in den Wochen vor den ersten Covid-19-Massnahmen ... und in weiteren Vorgängen.

In Wirklichkeit handelt es sich um zwei Krisen, die sich gegenseitig verstärken. Das macht diesen globalen Einbruch so schwer lesbar und seinen Verlauf kaum prognostizierbar. Die Epidemie war der Anlass, weltweit notwendigerweise enorme Summen (inzwischen etwa in der Höhe von mehr als einem Drittel des Welt-BIP von 2019) öffentlicher Gelder und Zentralbanken-Gelder in die Wirtschaft zu pumpen. Diese «Rettung» hat eine historisch nie dagewesene Dimension und sie folgt auf die «Rettung» von 2008: Zum zweiten Mal in einer Spanne von nur zwölf Jahren rettet die öffentliche Hand das Wirtschaftssystem vor dem Total-Zusammenbruch. Wieder übernehmen Staaten und Zentralbanken die Verbindlichkeiten von Banken, Konzernen und Unternehmen (sogar hohe Anteile der Lohnsummen) und versuchen, sie zu grossen Teilen den Steuerzahlenden aufzubürden.

Um diese Dimensionen einzuordnen: Die weltweite Ausrottung des Hungers, das zeigen Studien für die Vereinten Nationen, würde weniger als 2 % dieser Summe kosten, der ökologische Umbau der EU weniger als 0,7 % pro Jahr.

Diese Krise ist nicht einfach reversibel. Und wie alle Wirtschaftskrisen verändert auch diese Erschütterung die ökonomischen Strukturen und die Formen des Wirtschaftens. Das Ausmass dieser Veränderungen wird erst in einigen Monaten voll zu erkennen sein. So können wir heute nicht mit Sicherheit sagen, ob mit der veränderten internationalen Arbeitsteilung Schweizer

Konzerne ihre Produktion re-lokalisieren oder im Gegenteil für neue Formen der Auslagerung nutzen (etwa Plattformarbeit). Etliche Trends aber sind bereits eindeutig. Viele KMU dürften nicht überleben, vor allem die vielen Zuliefer-KMU sind Manövriermasse für die Konzerne. Im Kapital hat eine verschärfte Konzentrationsbewegung eingesetzt. Aktionäre und Managements nutzen die Krise, um die Konzerne, weit über die Bedürfnisse der Corona-konjunkturellen Anpassung hinaus, auf mehr Profit zu trimmen (dies belegen die Entlassungen in Unternehmungen, für die Kurzarbeitslösungen bereitstehen). Digitale Arbeitsformen machen einen Sprung, prekäre Arbeitsformen nehmen zu und die geregelten Arbeitsverhältnisse (GAV, Arbeitszeit etc.) kommen unter Druck.

Eine wenig beachtete Zahl in den Seco-Berichten verdüstert dieses Bild entscheidend: Die Ökonomen des Bundes konstatieren einen Rückgang der Anlageinvestitionen im Jahr 2020 – und prognostizieren nur eine geringe Zunahme (von diesem tieferen Stand ausgehend) für 2021. Rechnet man ein, dass allein die Erhaltung des Bestandes einige Prozente Investitionen erfordert, bedeutet dies, dass die Schweiz einen Teil ihres produktiven Apparates (nicht nur in der Industrie) verliert. Das sind schlechte Aussichten für eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen.

*Die Frage ist also nicht nur wann, sondern in welchem Zustand wir aus dieser Krise rauskommen werden.*

Dies hängt zum einen davon ab, ob der Staat die Absicht und die Mittel hat, Kurzarbeit, zahlreiche Stützungsprogramme, garantierte und billige Kredite etc. weit über die ursprünglich geplante Zeit hinaus weiterzuführen und die Sozialwerke zu sichern. Angesichts der Krise bei unseren wichtigsten Handelspartnern müsste die Wirtschaftspolitik heute alles daransetzen, die Inlandkaufkraft zu sichern, also die Löhne und die Flankierenden Massnahmen zu sichern, GAV allgemeinverbindlich zu erklären, die Sozialtransfers nicht zu schmälern (AHV, IV, ALV, Ergänzungsleistungen etc.), die 100-Prozent-Kurzarbeitsentschädigung durch die Unternehmen und Lohnerhöhungen zu ermutigen und einiges mehr. Gemäss der letzten verfügbaren Lohnstrukturerhebung (2018, im April 2020 veröffentlicht) sind die Reallöhne zwischen 2016 und 2018 in der Tendenz gesunken, speziell in Branchen ohne GAV zum Teil massiv. Die Kaufkraft sogar noch stärker, weil Mieten, Krankenkassenprämien und andere Fixkosten angestiegen sind. Nun drücken die Wirkungen der Krisen die verfügbare Kaufkraft weiter. Die bisherigen Massnahmen haben zwar einen Teil der Einkommen gesichert, aber es sind keine stabilisierenden oder gar unterstützenden Eingriffe wie etwa Entlassungsverbote, Mindestlöhne, Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst etc. erfolgt. Steuersenkungen (wie sie etwa die FDP regelmässig fordert) stützen erfahrungsgemäss nicht die Kaufkraft und fördern auch keine Investitionen, sondern erhöhen nur die Gewinne.

Inzwischen belegen Dutzende von Forschungsarbeiten, dass die Covid-Krise nicht nur die sozial Schwächeren stärker trifft, sondern auch die sozialen Unterschiede verschärft, die Gleichstellung zurückdreht und starke Bevölkerungsgruppen (Pensionierte, Junge unter 25, temporär oder prekär Beschäftigte etc.) in eine neue Armut treibt. Bisher verweigert der Bundesrat weitgehend gezielte Massnahmen für diese Gruppen.

Doch sogar gegen die Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen und gegen die KMU-Stützmassnahmen laufen die Neoliberalen, ein Teil der Konzerne und der Finanzplatz Sturm. Das Zentralorgan des Kapitals, die NZZ, warnt bereits vor einem «Corona-Sozialismus»: Den Neoliberalen scheint es verlockend, mit der Krise die



laufende Umverteilung von unten nach oben kräftig anzukurbeln und die Wirtschaft der Schweiz umzubauen.

Heute müsste die öffentliche Hand mit ihrer Laissez-faire-Politik brechen. Konkret also eine öffentliche Investitionspolitik in Gang setzen und eine Wirtschaftsperspektive für den digitalen und den sozio-ökologischen Umbau aufgleisen. Denn nur diese grossen Anstrengungen sichern Arbeit und schaffen neue Arbeit.

## 1 Was wir unter Service public verstehen

Der Begriff Service public ist zu klären. Er ist alles andere als eindeutig. Jedes Land und jede politische Strömung und diverse Politikwissenschaftler\*innen definieren ihn verschieden. Die Gewerkschaft muss genau wissen, was sie darunter versteht und wie sich der Service public zum Staat, zur öffentlichen Hand und zur Politik verhält.

Der Bundesrat definiert Service public so:

«Service public umfasst die Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.»

Diese Definition ist einerseits schwammig (etwa: was gehört zur Grundversorgung?), andererseits eng in der absichtlichen Begrenzung auf «Infrastrukturen». Doch sie hat den Vorteil, einige wichtige Fragen anzusprechen:

- Was ist der Inhalt dieser «Grundversorgung»?
- Für wen soll sie erbracht werden?
- Wer soll Zugang haben?
- Von welcher Qualität soll der Service public sein?
- Zu welchen Preisen?
- Wie wird er finanziert?

Wer solche Fragen zu beantworten versucht, wird bemerken, dass ein wirksamer Service public permanent den veränderten Bedürfnissen angepasst werden muss (müsste). Beispiel: In der Corona-Krise, die unter anderem Hunderttausende zu Homeoffice und zur Schule oder Ausbildung auf Distanz zwingt, ist der Zugang zu stark ausgebauten (Kapazität) und tatsächlich flächendeckenden Netzen absolut notwendig. Die Schweizer Netze sind dabei teilweise an ihre Grenzen gestossen. Doch mit dem Ausbau der Netze (Glasfaser und Stärkung konventioneller Netze? Oder G5?) ist es noch nicht getan: Die Krise zeigt auf, dass die digitale Benachteiligung (*Digital Divide*) mit der sozialen Benachteiligung einhergeht. Solche Probleme zu lösen, ist teilweise Aufgabe der Sozialpartner, vor allem aber ist es die Aufgabe eines dynamischen Service public.

Die öffentlichen Dienste können also nicht statisch sein. Der Gewerkschaft kommt in der Gestaltung des Service public eine zentrale Rolle zu. Wir wollen ihn stärken und für die veränderten Bedürfnisse der Gesellschaft neu begründen. Er soll effizient, zukunftsgerichtet und sozial ausgleichend wirken. Eine akkumulative Häufung neuer öffentlicher Dienste ist keine Option. Nur defensive Positionen ebenso wenig: Sie würden die Rolle der Gewerkschaften beschädigen.

Um für die Neuorientierung ein wenig Klarheit zu schaffen, müssen wir die Grundlagen des Service public bestimmen. Die öffentlichen Dienste sind als Mittel der *öffentlichen Hand (Staat und Politik plus Service public)* entstanden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Infrastrukturen, Rechtssicherheit, Transport, Bildung, Forschung etc. sind Grundlagen unternehmerischer Tätigkeit. Handkehrum bietet der Service public den Bürger\*innen jene Dienste, welche die profitorientierte Wirtschaft nicht oder nur selektiv oder nur gegen teures Geld anbietet. In einer Gesellschaft, in der ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung das Kapital, die Produktionsmittel und die Macht über Arbeit und Auskommen der Mehrheit hält, ist der öffentliche Dienst mehr als ein Korrektiv: Er ist Allgemeinbesitz und dient dem Allgemeininteresse.

Der Service public soll nicht nur den diskriminierungsfreien Zugang aller zu wichtigen Gütern und Dienstleistungen auf hohem Qualitätsniveau sichern (öffentliche Sicherheit, öffentlicher Verkehr, Versorgung mit Wasser, Energie, Information und Kommunikationsmitteln, Ökologie, Kinderbetreuung, Schule und Bildung, funktionierendes Rechtssystem, Bürger\*innen-nahe Verwaltung, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und sichere Altersversorgung, Geldverkehr ...). Er soll auch die Chancengerechtigkeit befördern (Gleichstellung, gerechtes Steuersystem, Präsenz in der Fläche etc.) und die erweiterte demokratische Teilhabe organisieren. Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst müssen massgebend für sozialen Fortschritt sein. Und die öffentliche Hand muss heute in die digitale Revolution unserer Arbeits- und Lebensformen per Gesetz und durch die Schaffung eines digitalen Service public gestaltend eingreifen. Zudem ist der Service public das Rückgrat eines breiten Non-Profit-Bereiches der Volkswirtschaft.

Damit definieren wir den Service public in umfassender Weise. Folgende Prinzipien sollen dabei gelten: Der Service public ist kollektives Vermögen. Er wird geleitet von den Zielen soziale, wirtschaftliche und physische Sicherheit, menschliche Entwicklung, Chancengleichheit, Solidarität und vertiefte Demokratie. Der Zugang zum öffentlichen Dienst ist ein Grundrecht. Er soll im Prinzip gratis, auf jeden Fall niederschwellig (höchstens kostendeckend) und sozial gestaltet sein. Er muss kostentransparent sein. Jeder Bereich des Service public muss der demokratischen Kontrolle unterliegen.

## 1.1 Der einwohnernahe Service public

Diese Verfassung des Service public räumt mit der Vorstellung auf, der Service public bestehe aus einigen öffentlichen Diensten plus öffentlichen oder staatsnahen Betrieben – er muss mehr leisten. Sie klärt auch das Verhältnis des Service public zum Staat (auf allen drei Ebenen: Bund, Kantone, Gemeinden) und zur Politik. Die Politik spiegelt die Kräfteverhältnisse zwischen den Machtgruppen der Gesellschaft und arbeitet – je nach politischen Mehrheiten – mehr oder weniger stark für oder gegen das Allgemeininteresse (etwa beim Abbau des Service public, unsozialen Steuerreformen, in der Wirtschaftspolitik). Der Staat (etwa das Seco) ebenso. Ein bürgernahe, von den Einwohner\*innen mitgestalteter und mit einer gewissen institutionellen Autonomie ausgestatteter Service public<sup>2</sup>, wie wir ihn anstreben, kann dem entgegenwirken.

Bei diesem Vorhaben spielt auch ein «weicher» Faktor eine entscheidende Rolle: Der Service public hält in der Schweiz trotz aller Angriffe eine vergleichsweise hohe Qualität, weil die Frauen und Männer, die ihn täglich bereitstellen, ihren Beruf mit einer hohen Ethik ausüben.

---

<sup>2</sup> Das kann etwa durch ein verbrieftes Recht der Bürger\*innen auf bestimmte Leistungen des Service public geschehen.

Wir könnten dies etwa am Einsatz des pflegenden Personals (und anderer Berufsgruppen des Service public) in der Schweiz zeigen. Viele Pflegende sind dabei mit Corona angesteckt worden. In ihren Interviews und Tagebüchern war regelmässig von der Ethik ihrer Berufsausübung und des Dienstes an den Menschen zu lesen. Diese Ethik wollen wir hervorheben.

## 2 New Public Management und neoliberale Strategien

In den 1980er-Jahren wurde in der Politik ein Konzept mächtig, das unter dem Titel New Public Management läuft. NPM will die öffentlichen Dienste reformieren, indem es die Instrumente, Organisationsformen und Ziele der Privatwirtschaft (etwa die Erwirtschaftung von Gewinn) auf den öffentlichen Sektor anwenden will. Dieser Ansatz wurde schnell bestimmend für diverse Reformen in den vergangenen drei Jahrzehnten. Doch so, wie die Betriebswirtschaft im Konflikt mit der Volkswirtschaft steht, trat diese Anwendung betriebswirtschaftlicher Kriterien auch in Konflikt mit den Aufgaben und Zielen des Service public. Zahlreiche Service-public-Dienstleistungen, die für die Menschen, den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie vital sind, können nicht auf Profit getrimmt werden – und sie müssen auch keinen Gewinn abwerfen (Postauto-Linien in entlegene Regionen, Schulen, öffentliche Gesundheitsversorgung, Polizei, Universitäten, Kinderbetreuung und Pflege und viele andere mehr).

Tatsächlich ist NPM eine von mehreren Waffen der neoliberalen Offensive, um den Service public zu schwächen, zu deregulieren, zu privatisieren und teilweise zu zerschlagen. Ziele der Neoliberalen waren dabei,

- potenziell rentable Teile des Service public für die Konzerne zu privatisieren,
- andere Teile (etwa bei den Sozialversicherungen) der öffentlichen Hand zu entreissen, um die Einwohner\*innen dazu zu zwingen, weit teurere Lösungen bei den Konzernen zu kaufen,
- und vor allem die sozial ausgleichende Wirkung der Service public zu schwächen.

Real wurden tatsächlich beträchtliche Teile des Service public dereguliert, ausgelagert, teil- oder vollprivatisiert. Referenden und direkte Demokratie haben einige besonders heftige Attacken der Neoliberalen abgewehrt. Es bleibt ein Dauerkonflikt: Wirtschaftsverbände, neoliberale Lobbys wie Avenir Suisse und die rechte Mehrheit im Parlament lassen Angriff auf Angriff folgen, jetzt nicht nur auf Betriebe wie PostFinance, auf die AHV etc., sondern auch auf grundlegende soziale Errungenschaften wie das Arbeitsrecht.

Mittel dazu war und ist, die öffentliche Hand krank zu sparen. Das geschah durch Sparbeschlüsse und durch enorme Steuersenkungen für die Unternehmen, die Reichen und die Superreichen, deren Steuerbelastung heute zwischen historischem Tiefststand und null oszilliert.

Die ökonomisch irrige, wissenschaftlich widerlegte und volkswirtschaftlich scharf kontraproduktive Null-Defizit-Politik hat ebenso wie NPM einiges an Glanz verloren. Es hat sich weitgehend herumgesprochen, dass

- Staatsdefizite volkswirtschaftlich notwendig sind,
- NPM gegen die Interessen der Mehrheit agiert,
- die Schulden der öffentlichen Hand in den letzten zwei Jahrzehnten weniger durch öffentliche Dienste und Sozialtransfers als durch offene und versteckte Subventionen für Banken und Konzerne, die immensen Rettungspakete und eine unsoziale Steuerordnung entstanden sind – und weiter entstehen (Umverteilung von unten nach oben),
- die öffentliche Verschuldung gering ist, der öffentliche Besitz netto hingegen ist weit grösser.

## 3 Digitalisierung

Die Digitalisierung erfährt in der Krise einen starken Schub. In den Arbeitsformen mit Homeoffice und Plattformarbeit. In der direkten zwischenmenschlichen Kommunikation. Im Konsumverhalten: Plattformen wie Amazon, Online-Supermärkte und Elektronikanbieter wachsen stark (das Wachstum könnte sich wieder abschwächen, aber zahlreiche Kund\*innen haben unterwegs neue Praktiken eingeübt, die sie teilweise beibehalten werden). Für die Post- und Kurierdienste ist dies ein brennendes Thema. In Erziehung und Ausbildung zeichnen sich nachhaltige Verlagerungen zum Online-Betrieb ab. Kommunikation per App wächst. Einen riesigen Schritt hat die elektronische Überwachung gemacht (Tracking, Datenmining, Online-Behördenverkehr, Drohnen etc.). In Bezug auf den Service public steigt gerade der Druck, die Dienste beschleunigt zu digitalisieren.

Der Lockdown kann als eine Art Grossversuch mit Kaltstart angesehen werden. Dabei fiel auf:

- Die Unternehmen sind für massenweise Homeoffice nur teilweise gerüstet (Software, Hardware, Arbeitsabläufe und Arbeitsprotokolle, Datensicherheit, Datenhoheit etc.).
- Die Arbeitnehmenden haben heute, nach mehreren Monaten Praxis, ein klareres Bild von Homeoffice, wie eine Befragung im Auftrage von syndicom zeigt.
- Die öffentliche Hand und der Service public sind digital ebenfalls schlecht aufgestellt. Ein eklatantes Beispiel dafür sind die Universitäten. Beim Schweizerischen Nationalfonds wurde konstatiert, dass sogar an der ETHZ Teile des Forschungs- und Lehrbetriebes zum Erliegen kamen. Das kann teilweise an der Infrastruktur liegen, teilweise an der mentalen Ausrüstung. Es zeigt aber vor allem das Problem auf, dass viele Tätigkeiten, wie die Forschung, den direkten, persönlichen Austausch (in Teams) brauchen. Bei den meisten Tätigkeiten ist das kurze, informelle Gespräch eine Notwendigkeit. In der Bilanz scheinen die Lernkurve und die Reaktionsfähigkeit beim Service public hoch zu sein.
- Die Netze sind an ihre Grenzen gestossen. Das wird gerne mit der Anekdote illustriert, dass der Durchlauf von Netflix gebremst werden musste, um Notdienste und den Krankenhausbetrieb zu sichern. Doch das Problem geht tiefer.
- Die digitale Spaltung (*Digital Divide*) der Gesellschaft hat sich bestätigt.

Der Digitalisierungsschub, den diese Krise bewirkt, setzt in der Schweiz eine *nachholende Entwicklung* in Gang. Über Digitalisierung gesprochen und geschrieben wurde viel, doch faktisch hinkte die Schweiz in digitalen Anwendungen eher hinterher. Zum einen, weil generell wenig investiert wird, zum anderen, weil ausserhalb des Service public bisher nur in Formen der Digitalisierung investiert wurde, die kurzfristigen ökonomischen Gewinn versprochen. Gesellschaftlich nützliche digitale Techniken («soziale Digitalisierung») kommt bisher kaum zur Anwendung. Heute ist offen, ob der Digitalisierungsschub durch die Krise auch solche Techniken befördern wird.

### 3.1 Digitale öffentliche Verwaltung

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen schreitet rasch voran. Dabei wird sie teilweise von den Bedürfnissen der Bevölkerung getrieben. Eine neuere Umfrage zeigt die verbreitete Erwartung, mehr administrative Prozesse übers Netz abwickeln zu können. Entscheidender für Digitalisierungsbeschlüsse sind jedoch Rationalisierungseffekte (Personaleinsparungen), erhöhte Kontrolle der Bewohner\*innen, ökonomische Interessen (der IT-Konzerne, aber etwa auch der Pharmakonzerne und der Krankenkassen bei der Patienten-ID etc.) und das starke Marketing von Gruppen, die komplette digitale Lösungen anbieten. Diese Entwicklung ist, wie der Fall Estland zeigt, nicht ohne Gefahren.

Aufgabe der Gewerkschaften des Service public ist es, bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen folgende Prinzipien durchzusetzen:

- Die digitalen Dienste müssen für jede und jeden niederschwellig zugänglich sein.
- Sie müssen transparent und mit einem Recht auf vollständige Einsicht in alle Daten gestaltet sein.
- Daten müssen jederzeit rückholbar resp. korrigierbar bleiben.
- Jeder Dienst muss auch analog benutzbar sein und dafür braucht es Ansprechpersonen.
- Die Sammlung der Daten, ihre Aufbereitung und die Benutzung der Daten muss bei der öffentlichen Hand bleiben – sie dürfen (Beispiel elektronische ID) nicht an private Unternehmen ausgelagert werden.
- Datenschutz und Datensicherheit sind prioritär. Und es gilt die volle Datenhoheit jedes Einwohners, jeder Einwohnerin. Siehe auch Kapitel 3.3.

Diese Regeln begründen Rechtsansprüche. Sie müssen durch eine unabhängige Nachforschung- und Kontrollinstanz abgesichert werden.

Ein digitaler Service public, wie wir ihn definieren, ist nicht mit der Digitalisierung öffentlicher Verwaltungen und Dienste zu verwechseln. Die veränderten Bedürfnisse der Menschen in Zeiten digitaler Umbrüche rufen nach neuen öffentlichen Diensten, welche die Bewohner\*innen schützen und ihnen die Möglichkeiten der Digitalisierung zugänglich machen.

### **3.2 Homeoffice, Plattformarbeit**

Vor der Krise arbeiteten gemäss Bundesamt für Statistik nur wenige Schweizer\*innen regelmässig im Homeoffice, ein starkes Viertel der Arbeitnehmenden tat dies hin und wieder. Durch die Quarantäne waren nun aber viele Zehntausende zu Homeoffice angehalten oder gar gezwungen.

Wir verwenden den Begriff Homeoffice als Oberbegriff für diverse Formen ausgelagerter digitaler (Heim-)Arbeit. Die Bezeichnung Homeoffice meint dagegen nur die vorübergehende oder die gelegentliche Arbeit von zu Hause aus («ich mache diese Woche Homeoffice»). Das fasst weder die Plattformarbeit noch die dauerhafte Auslagerung von Arbeit in Heimarbeit.

Etliche Unternehmen versuchen, Homeoffice dauerhaft zu verankern. Sie haben starke Kostenvorteile ausgemacht, wenn sie Büroarbeitsplätze einsparen. So will etwa der Twitter-Konzern 5000 seiner Beschäftigten nur noch in Heimarbeit beschäftigen. In zahlreichen Fällen haben die Arbeitnehmenden im Homeoffice sogar auf eigenen Rechnern, mit eigenen Druckern und selbstbezahlter Infrastruktur gearbeitet. In den Wirtschafts- und Managementpublikationen wird für die Unternehmen ein weiterer Vorteil genannt: Sie könnten sich via Homeoffice klassische Arbeitsverhältnisse und deren kollektiv erkämpfte soziale Errungenschaften vom Hals schaffen.

Für das Homeoffice lassen sich einige Argumente anführen. Ökologisch etwa scheint es sinnvoll, wenn Millionen Autokilometer Arbeitsweg gespart werden. Allerdings müsste eine echte ökologische Bilanz die hohe Umweltbelastung durch die digitale Infrastruktur und den digitalen Betrieb mit einrechnen. Digital ist alles andere als umweltneutral, so verbrauchen zum Beispiel Rechenzentren ungeheure Mengen (oft schmutzigen) Strom.

Homeoffice kann, unter günstigen Umständen, den Arbeitnehmenden ein Stück Zeitautonomie verschaffen und erleichtert im besten Fall eine gerechtere Arbeitsteilung der nicht entlöhnten

Pflege- und Erziehungsarbeit in der Familie. Dennoch waren unter den Erfahrungsberichten der Quarantäne-Wochen sehr viele kritische Stimmen. Konkret beklagten Arbeitende vor allem die soziale Isolierung. Inzwischen liegt eine repräsentative Umfrage der GSF im Auftrage von syndicom vor. Eine Mehrheit ist nicht abgeneigt, digitale Heimarbeit zu leisten, möchte dies aber nicht in Vollzeit tun. Eine Studie muss die Umfrage ergänzen. Sie sollte genauer hinschauen, und sie sollte Auswirkungen auf das Familienleben, die Chancen der Kinder benachteiligter Schichten, die räumlichen Voraussetzungen (Heim Arbeitsplatz) etc. untersuchen. Frühere Studien befassten sich in der Regel mit Arbeitenden, die aus eigener Initiative zu Hause werken, meist privilegierte Berufsgruppen, die sich zu Hause einen eigentlichen Arbeitsplatz hergerichtet haben. Auf die Mehrheit der heute Telearbeitenden trifft dies nicht zu.

Ein anderer Aspekt des Homeoffice verdient die höchste Aufmerksamkeit der Gewerkschaft: Die herrschende ökonomische Logik bewirkt, dass sich mit der Heimarbeit die Arbeitsverhältnisse aufweichen und in Richtung Plattformarbeit auf Abruf und im Dumpingmodus migrieren. Im Rahmen der neu geordneten internationalen Wertschöpfungsketten (Schlagwort «Re-Lokalisierung») dürfte die Plattformarbeit eine wichtige Rolle spielen. Hier liegt eine scharfe Herausforderung für die Sicherung der Arbeitsbedingungen und Löhne und für die gewerkschaftliche Organisationsfähigkeit.

### **3.3 Datenhoheit, Kontrolle und Digitale Grundrechte**

Diesem Problem hat syndicom schon früh starke Bedeutung zugemessen – doch in der Seuche haben die Probleme Datensicherheit, Datenhoheit und Datenschutz eine neue Dimension erreicht.

Fürchten die Menschen um die eigene Gesundheit, verliert das Bedürfnis nach Schutz der eigenen Daten, Patientendaten inklusive, offenbar an Bedeutung (wie etwa das Covid-Tracking belegt). Internet und Social-Media-Nutzung haben die Sensibilität gegenüber der Datenpreisgabe und ihrer Vermarktung stark herabgesetzt.

Inzwischen stellen die Praktiken und die Macht von weltumspannenden Datenkonzernen («Datenkraken») ein Problem dar, das führende Wissenschaftlerinnen und Denker und diverse Regierungen für eine zentrale politisch-gesellschaftliche Herausforderung des kommenden Jahrzehnts halten.

Das gilt in gleicher Weise für den Zerfall politischer Öffentlichkeit durch die Social Media, der akut die Demokratie in Frage stellt, was sich heute etwa am Umgang mit der Pandemie und dem Gewicht irrer Verschwörungstheorien manifestiert.

Doch pragmatisch stellt sich für die Gewerkschaft heute die Frage, mit welchen konkreten Anstrengungen ein neu konzipierter Service public für einen wirksamen Schutz der Daten und für das Prinzip Datenhoheit der Einzelnen durchgesetzt werden kann. Für syndicom hat die Datenhoheit einen hohen Stellenwert. Zugespißt gesagt: Lassen wir die Verknüpfung von Konsum-, Patienten-, Verkehrs- und Verhaltensdaten zu, können wir die Demokratie als Gesellschaftsform abbuchen. Denn die Analyse der Manipulationen der öffentlichen Meinung durch Cambridge Analytica und andere Konzerne belegt, dass solche Big-Data-Anwendungen die Grundrechte aushebeln können.

Dies gilt auch für den Staat: Im Rahmen der Seuchenbekämpfung wurde die elektronische Überwachung verstärkt. Demokratische Entscheidungsprozesse wurden durch Notrecht kurzgeschlossen und dieses Notrecht dürfte nun zunehmend ins normale Recht überführt werden.

Eine Erfahrung sollte uns alarmieren: Wo der Staat oder Private in Überwachungs- und Polizeisysteme investieren (Datencenter, Drohnen und andere Überwachungstechniken, Datenverknüpfung etc.), wird die Kontrolle niemals zurückgebaut, sondern immer nur ausgebaut.<sup>3</sup>

Restlos überfordert sind damit die Datenschützer\*innen des Service public. Ihr Prinzip ist das reaktive Korrigieren von Entwicklungen. Ihre Interventionen kommen in der Regel zu spät und können meist leicht umgangen werden. Der Gesetzgeber (das Parlament) zeigte bisher wenig Engagement, um diese Laissez-faire-Situation zu ändern. Im Rahmen des von syndicom geforderten neuen digitalen Service public wird die Gewerkschaft eine Strategie entwickeln müssen, welche die Datenhoheit der Arbeitnehmenden und aller Bewohner\*innen pro-aktiv sicherstellt.

Dies verlangt nach innovativen Lösungen (siehe Kapitel 10.2 Mindmap). Als leitende Prinzipien müssen zum einen die Regeln gelten, die wir unter 3.1 für die öffentlichen Verwaltungen definiert haben. Doch wirksam wird die Datenhoheit erst, wenn es uns gelingt, neu konzipierte **Digitale Grundrechte** in Verfassung und Gesetz zu verankern. Zudem muss der Service public materiell so aufgerüstet werden, dass er diese Grundrechte durchsetzen kann. Sie können sich, zumindest teilweise, auf das bestehende Post- und Fernmeldegeheimnis stützen.

Die Auseinandersetzungen um Grundrechte und die Kontrolle über das «Datengold» sind hoch konfliktuell. Auf allen Ebenen. Während in den USA die Debatte um eine wünschenswerte Zerschlagung des Google-Konzerns angelaufen ist, versucht Google gerade mit allen Mitteln zu verhindern, dass in neueren iPhones ein Betriebssystem installiert wird, das es den Nutzer\*innen erlaubt, den Datenklau auszuschalten. Die Nutzer\*innen sollen, so Google, nicht selbst entscheiden können. Dieses kleine, aber symptomatische Beispiel zeigt, mit welcher Härte der Kampf um die Datenhoheit der Einzelnen geführt werden wird. In einigen Jahren aber könnte es ein Wettbewerbsvorteil für Swisscom und die Post sein, in ihren Dienstleistungen einen starken Datenschutz einzubauen.

Aber die Durchsetzung digitaler Grundrechte und der Datenhoheit setzt einen hohen demokratischen Druck voraus. Man kann sich leicht vorstellen, wie heftig die Wirtschaft und ihre Parteien etwa gegen die Pflicht kämpfen werden, die Verknüpfung von Datenbanken (zum Beispiel von Krankenkassendaten mit Bewegungsprofilen oder von Medizin- und RAV-Daten) und den Zugriff auf solche Datenbanken den Betroffenen individuell anzuzeigen.

Der hohe demokratische Druck für einen umfassenden digitalen Service public muss schon nur deshalb hoch sein, weil dieser Service public die Datenhoheit auch gegenüber dem Staat durchsetzen muss. Ohne Transparenz, Kontrolle und Rechenschaftspflicht geht das nicht.

---

<sup>3</sup> Die Debatten über die diversen Projekte (D-Lösung vs. CH-Lösung etc.) und die Kommunikation von BAG und Bundesrat erhärten den Verdacht, dass gegen die grenzenlose Weitergabe von persönlichsten Daten real nichts vorgekehrt wird.

### 3.4 Digital Divide und Medienökologie

Dass die digitale Spaltung der Gesellschaft (sozial, nach Geschlecht, nach Alter, regional) für viele Menschen ein schweres Handicap darstellt und manche Errungenschaften der Gleichstellung und der Chancengleichheit in Frage stellt, hat sich in der Corona-Krise immer wieder bestätigt. Dabei stehen in der Schweiz weniger Ausrüstung und Technik im Vordergrund. Der Kern des Problems liegt beim Zugang zu Diensten und Anwendungen.

Dem digitalen Service public, wie wir ihn skizzieren, fällt die Aufgabe zu, die digitale Spaltung zu bekämpfen. Dazu gehören Dinge wie der analoge Zugang zu allen Diensten, Beratungsstellen, eine breite Ausbildungsanstrengung von der Grundschulstufe an, das Aufspüren diskriminierender (etwa geschlechterspezifischer) Funktionen in den Anwendungen und einiges mehr, bis hin zur Weiterführung des Bargeld-Verkehrs (soziale Diskriminierung via elektronische Zahlungsmittel).

Insbesondere soll der Service public, wie wir ihn verstehen, die Potenziale der Digitalisierung nutzen, um potenzielle Benachteiligungen einiger gesellschaftlicher Gruppen in positive Errungenschaften zu drehen. So könnten etwa Pensionierte verstärkt in die Gestaltung der Dienste eingebunden werden, über Forums- und Ausbildungsangebote könnten Isolierungen durchbrochen werden, beispielsweise durch eine Seite «Die Routiniers geben Rat», oder überregionale Selbsthilfegruppen (etwa gegen Altersprekarität) können aufgegleist werden. Diese Problematik zieht sich quer durch unsere Gesellschaft und Wirtschaft bis hin zu den Hochschulen.

Demselben Service public muss die Aufgabe übertragen werden, eine medienökologische Debatte anzustossen und das Fach Medienökologie in allen Schulen durchzusetzen. Social Media, das hat die neuere Medienforschung erhärtet, hebeln nicht nur einige Grundrechte aus (Recht auf Privatsphäre, Schutz vor Übergriffen etc.). Sie sind, mindestens in Teilen, eine Form gesellschaftlicher Umweltverschmutzung, der eine entsprechende Ökologie entgegengehalten werden muss. Dies ist, besonders vor dem Hintergrund der Mediennutzung der unter 35-Jährigen, eine dringende Aufgabe für den Mediensektor von syndicom.

## 4 Arbeit und Sozialpartnerschaft

Die doppelte Krise bedroht eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen. Trotz Kurzarbeit hat die Zahl der Entlassungen stark zugenommen. Auch Unternehmen, die weiterarbeiteten, haben Jobs abgebaut. Wird die Lage der KMU nicht aufgefangen, sind direkt und indirekt Hunderttausende von Jobs in Gefahr. Derzeit deuten alle Indikatoren auf eine anhaltende Krise der Arbeit, die keinesfalls auf exportierende Wirtschaftszweige begrenzt ist. Der Beschäftigungsindikator der KOF (ETH) steht Mitte Mai auf minus 19,9 Punkten, ein schlimmerer Einbruch als 2008. Kapitalkonzentration, strukturelle Veränderungen und Rationalisierungen durch die beschleunigte Digitalisierung könnten zeitlich versetzt zu einer massiven Zerstörung von Arbeitsplätzen führen. Auch im Service public drohen, noch vor den angekündigten Sparpaketen des Bundesrates, massive Stellenkürzungen.

Doch dies ist nur das halbe Problem. Arbeitgeberverbände und rechte Politiker, vorab von SVP und FDP, wollen die Wirtschaftskrise und Digitalisierung nutzen, um die Grundbedingungen der Arbeitsverträge zu verändern. Sie drängen auf Arbeitszeitverlängerungen, die Aushebelung der Flankierenden Massnahmen, auf mehr Wochenend- und Nachtarbeit, auf Ferienverzicht, die Annullierung von Zeitguthaben, Lohnsenkungen, auf Rationalisierungen etc. Weiter versuchen



sie, Jobs in Heimarbeit auszulagern. Wir werden erst in der Zukunft einschätzen können, wie massiv diese Offensive ausfällt.

Die Verteidigung der GAV-Errungenschaften und in einigen Fällen der GAV selbst wird härtere Massnahmen der Gewerkschaft verlangen. Auch Normalarbeitsverträge und Allgemeinverbindlicherklärungen müssen häufiger erzwungen werden.

## 5 Privatisierungen

Nachdem Versuche weiterer offener Privatisierungen 2016 (u.a. Swisscom) von der Politik des Bundesrates, der Verwaltung und Avenir Suisse<sup>4</sup> im vorigen Parlament gescheitert waren, ging die schleichende Privatisierung durch Auslagerungen, Deregulierungen, Ausschreibungen, kleine Gesetzesnovellen und Leistungssenkungen des öffentlichen Dienstes auf allen drei Ebenen des Staats weiter.

Besonders aufmerksam sollte die Gewerkschaft eine neue Form der schleichenden Privatisierung beobachten: Da mit der Digitalisierung «neue» Dienste geschaffen werden (in Wahrheit meist klassische Dienste in neuer technischer Form), die öffentliche Hand aber über keine umfassende Digitalisierungsstrategie verfügt, werden diese «neuen» Dienste von Anfang an in die Hände der Konzerne gelegt. Dabei werden elementare Voraussetzungen eines Service public wie der Zugang aller, flächendeckende Zuverlässigkeit, Billigkeit der Dienste etc. gekippt.

## 6 Sozialversicherungen

Starke Turbulenzen sind bei den Sozialversicherungen abzusehen. Zuvorderst bei den Krankenkassen und bei der 2. Säule. Das 3-Säulen-System eignet sich nicht für alle Arbeitnehmer\*innen. Es knüpft die Sicherheit der Altersvorsorge stark an die spekulativen Auf- und Abschwünge der Aktienmärkte – und dies, ohne durch den massiven Aktienbesitz der paritätisch verwalteten Pensionskassen an irgendeine Form von Mitentscheidung in den Unternehmen zu gelangen (wie es im «schwedischen Modell» ursprünglich angedacht war). In Wirtschaftskrisen kommt die 2. Säule unter Druck und wird ihre Leistungen massiv abbauen. Dass die Pensionskassen nach 2008 stark ins «Betongold» ausgewichen sind, bringt nur so lange einen Aufschub, als die Immobilien- und Bodenpreise nicht stark nachlassen. Der Bundesrat hat erst einmal eine hohe Garantie für die Immobilienwirtschaft bereitgestellt. Sinkt die Inlandkaufkraft und/oder steigen die Hypozinsen und/oder gehen viele KMU in Konkurs, droht eine Immobilienkrise.

Über die letzten zwölf Jahre betrachtet, wird eine ökonomische Prognose zwingend: die 2. Säule steht stark unter Druck. Der jährliche Versicherungsausweis mit der stattlichen angesparten Summe, die manche Arbeitende bei der kapitalistischen Stange hält, ist die eine Seite. Die andere Seite ist die wirkliche Rente.

## 7 Ökologie, Pandemie, Demokratie

Fast täglich verdichten sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die einen verstärkten und vielfältigen Zusammenhang zwischen ökologischen Problemen und der Corona-Pandemie aufdecken. Sowohl bei der Auslösung der Epidemie wie bei deren Verlauf. So fällt heute etwa

---

<sup>4</sup> Im November 2016 rief Avenir Suisse zur Attacke gegen den Service public unter dem Titel «Das Märchen vom Tafelsilber». Nach Swisscom sollten Post, SBB und weitere Bahnen, der öffentliche Nah- und Regionalverkehr, Kantonalbanken, Energieversorger, Spitäler, Universitäten, die Wasserversorgung, SUVA und weitere Sozialversicherungen, sogar Polizei und Sicherheit dem Gemeinbesitz entrissen und privatisiert werden.

eine hohe Übereinstimmung zwischen extremer Luftverschmutzung und der Häufung besonders schwerer Covid-19-Erkrankungen auf.

Im Kern geht es darum, dass die Aktivierung und Übertragung von Viren durch Umweltverschmutzung, Landzerstörung, chemische Belastung, Siedlungsformen etc. beschleunigt wird. Heute ist die These kaum mehr zu bestreiten, dass die Zunahme der ökologischen Zerstörung und Belastung zu einer Zunahme der Häufigkeit solcher Ereignisse führt.

Wechselt man die Blickrichtung, betritt eine weitere Drohung die Bühne. Regierende und selbst namhafte Klimaforscher\*innen glauben heute nicht mehr, dass katastrophale Klimaepisoden noch abzuwenden seien. Genauso wenig denken Regierende und Soziolog\*innen, dass die wachsenden sozialen Spannungen gelöst werden können, denn die Rückverteilung von Wohlstand und Chancen scheint ihnen im Finanzkapitalismus keine realistische Option zu sein. Jetzt häufen sich in Reden und Kommentaren Passagen, die im sanitären Notstand ein Modell für die Bewältigung der anderen Spannungen sehen. Kurzum: In Thinktanks beginnt man über einen neoliberalen, autoritären Öko-Kapitalismus nachzudenken.

Dagegen setzt die Gewerkschaft stabile Arbeitsverträge, soziale Absicherung, grosse Investitionsoffensiven für den ökologischen Umbau und eine demokratische Digitalisierung. Die Weiterentwicklung und den Ausbau des Service public.

## 8 Schulden und Steuern

Die öffentliche Hand hat zwar einen Haushalt, aber sie ist kein Haushalt. Es ist volkswirtschaftlich nützlich, sogar notwendig, dass Staaten, Kantone, Regionen, Gemeinden «Schulden» machen. Da gilt keine Milchbüchlein-Rechnung (ich gebe nur aus, was ich verdiene). Denn die sicheren Schuldbriefe der öffentlichen Hand garantieren zum Beispiel unsere Altersvorsorge. Staatliche Kreditaufnahme, sofern sie unter richtigen Bedingungen erfolgt, garantiert eine gesunde Ökonomie und es ist ökonomischer Irrsinn, wenn ein Staat die Möglichkeit nicht nutzt, zu Tiefstzinsen oder gar Negativzinsen alte Schulden durch neue abzulösen und grosse Investitionsprogramme zu lancieren. Bemerkenswert ist dafür, dass in den neuesten Debatten unter Mainstream-Ökonom\*innen sich immer mehr die Meinung durchsetzt, dass man mit dem Sparwahn brechen müsse.

Die öffentliche Hand der Schweiz verfügt heute über 5000 Milliarden Franken Nettovermögen. Heute für die Bereicherung der obersten 1 Prozent darauf zu verzichten, die Schweiz der Zukunft zu bauen, ist mehr als eine Unterlassung: ein politisches Verbrechen.

Dasselbe gilt für eine zunehmend ungerechtere Steuerordnung, die, wie die neoliberale Schuldentheorie, auf längst widerlegten Modellen beruht. Steuerersparnisse der Reichen machen die ganze Gesellschaft ärmer und nicht reicher, weil die Reichen (und die Konzerne) das so zurückgehaltene Geld weder investieren noch konsumieren. Jedenfalls nicht in ausreichendem Masse. Unter Ökonom\*innen, die der neoliberalen Irrlehre entwachsen sind, gilt als Faustregel: Jeder investierte Franken von öffentlichem Geld schafft 2 Franken neuen Wohlstandes, ein den Steuern entgangener Franken nur 50 Rappen. Richtig wäre es also – und das sehen inzwischen sogar Weltbank und der Klub der Reichen oder die OECD so –, die Steuerprogression zu steigern, die obersten Einkommen und die Firmengewinne deutlich stärker zu belasten. Das ist erstens eine Frage ökonomischer Effizienz, zweitens eine Frage der Gerechtigkeit und drittens eine Frage des gesellschaftlichen Friedens.

## 9 Unser Service public

Der Service public ist keine Option<sup>5</sup>. Er ist das Fundament der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Demokratie. Also kollektives Vermögen, Allgemeinbesitz, oder, um mit einem alten Begriff zu sprechen, Allmende. syndicom will dieses Fundament stärken und neu begründen.

Der Service public umfasst die Tätigkeiten der öffentlichen Hand<sup>6</sup>, als Gegenstück zur «unsichtbaren Hand des Marktes». Zuerst ist der öffentliche Dienst der wichtigste wirtschaftliche Akteur der Schweiz. Als einziger Wirtschaftssektor hat er in den vergangenen 20 Jahren netto neue Arbeitsplätze geschaffen. Er stellt die Infrastrukturen zur Verfügung und sichert die flächendeckende Grundversorgung. Er sorgt für den diskriminierungsfreien und niederschweligen Zugang der Bewohner\*innen der Schweiz zu Bildung und Weiterbildung, physischer Sicherheit, Rechtssicherheit und Schutz der Persönlichkeit, medizinischer Versorgung, ökologischer Sicherheit, Mobilität, Informationen, Netzdiensten etc. Er garantiert die soziale Sicherheit aller. Er fördert die ökonomische Prosperität (Arbeit, Geldverkehr, öffentliche Investitionen ...) und den ökologischen Umbau. Er fördert den Allgemeinbesitz (*biens communs*, digitale Allmende etc.), die Chancengleichheit, die Rechtsgleichheit und die Teilhabe aller an der Demokratie. Der Service public ist im Prinzip gratis, zumindest aber kostengünstig. Seine Finanzierung erfolgt über eine gerechte Steuerordnung. Er bildet das Rückgrat eines breiten Non-Profit-Bereichs der Gesellschaft. Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst müssen massgebend für sozialen Fortschritt sein.

In der Essenz garantiert der Service public, wie wir ihn sehen, die Lebenschancen aller. Darin ist er, wie seine Entstehungsgeschichte lehrt, die Voraussetzung für die Wahrnehmung der Grundrechte. Ursprünglich waren demokratische Rechte den Besitzenden vorbehalten (Zensuswahlrecht etc.). Aufklärung und bürgerliche Revolution haben das überwunden, indem sie Allgemeinbesitz schufen. Dazu gehören in einem modernen Staat auch die Sozialversicherungen.

Zusammengefasst handelt der Service public im Allgemeininteresse. Er wird geleitet von den Zielen soziale, wirtschaftliche und physische Sicherheit, menschliche Entwicklung, Emanzipation, Solidarität und vertiefte Demokratie. Der Zugang zum öffentlichen Dienst ist ein Grundrecht. Er ist ein Pfeiler des Gesellschaftsvertrages, in seinen solidarischen und rückverteilenden Effekten. An der Qualität des Service public misst sich, wie zivilisiert eine Gesellschaft ist.

Darum hielt syndicom in einem Leitantrag an den SGB fest:

1. Der Trend zum Abbau des öffentlichen Dienstes muss gebrochen werden. Der Service public wird nach klaren strategischen Zielen und den genannten Aufgaben und Prinzipien ausgebaut. Die Privatisierung, Teilprivatisierungen und Auslagerungen werden gestoppt und dort, wo sie schon vollzogen sind und den Service public schmälern, werden sie zurückgenommen.
2. Die flächendeckende Grundversorgung muss gratis oder erschwinglich sein. Im Prinzip

---

<sup>5</sup> Die Neoliberalen wollen die öffentliche Hand daran hindern, mit dem Service public für sozialen Ausgleich, die Durchsetzung von Rechtsgleichheit, gerechte Steuern und Grundrechte zu handeln. Ein breit geteiltes linkes Missverständnis glaubt, die Neoliberalen wollten den Staat zerstören. Falsch. Sie wollen ihn zum Instrument ihrer Bereicherung und Herrschaft machen.

<sup>6</sup> Träger des öffentlichen Dienstes ist nicht allein der Staat. Diese Aufgabe fällt auch öffentlich-rechtlichen Unternehmen, legitimierten Institutionen und neuen Trägern des Allgemeinbesitzes («Commons») zu.

- strebt der Service public keine Gewinne an. Seine Ausgestaltung und seine Dienste an den Nutzenden unterscheiden sich deutlich von den Gewinninteressen privater Unternehmen und beinhalten umverteilende, solidarische Effekte. Fallen Gewinne an, werden die Gewinnentnahmen ausschliesslich für Investitionen in den Service public (Infrastruktur, verbesserte Leistung, Ausbildung des Personals oder der Nutzenden etc.) verwendet.
3. Es wird ein digitaler Service public geschaffen. Der garantiert nicht nur die technische Grundversorgung (Netze etc.), sondern stellt der Allgemeinheit auch Applikationen und Datenzugänge zur Verfügung. Er sorgt für Datensicherheit und Datenhoheit der Einzelnen. Im Sinne einer digitalen Allmende fördert und garantiert er Dienste digitalen Allgemeinbesitzes (öffentliche Archive, Gemeinschaftsdienste wie Wikipedia etc.), vermittelt Open-Source-Daten und Open Software, Commons-Lizenzen etc. Er bindet die Nutzenden in eine echte Mitgestaltung des digitalen Service public ein und gibt lizenzfrei Einblick in Daten und Datenlösungen. Schliesslich bekämpft er Missbräuche und sorgt für die medienökologische Sensibilisierung.
  4. Im Service public müssen Löhne, Vertragsformen und Arbeitsbedingungen gelten, die soziale Massstäbe für die Schweiz setzen. Lohndumping durch Auslagerungen, Subunternehmerketten und Billiganbieter wird unterbunden.
  5. Die Managementformen des New Public Management, die den Zielen Gleichheit, offener Zugang für alle überall im Land, Integrität, Solidarität und volkswirtschaftlicher Nutzen entgegenlaufen, müssen reformiert werden. Wir streben die vertiefte demokratische Kontrolle des öffentlichen Dienstes, eine neue Ethik und Wertschätzung des Service public an.

## 10 Digital muss sozial umgesetzt werden

Ein weisser Fleck im Service public, wie er derzeit aufgestellt ist, bleibt die Digitalisierung. Das bekamen die Schweizer\*innen im Frühjahr 2020 schmerzhaft zu spüren.

*Digitalisierung ist nicht bloss eine (gar nicht so neue) Technik,  
die sich gerade zur Vierten Industriellen Revolution beschleunigt.  
Sie verändert die Formen, wie wir produzieren, arbeiten, konsumieren,  
reisen, zusammenleben, kommunizieren und wie die Demokratie funktioniert.  
Industrielle Revolutionen sind wuchtige Vorgänge,  
die alle Bereiche der Gesellschaft neu formatieren.*

Bund und Kantone haben die Digitalisierung weitgehend in die Hände der Konzerne gelegt. Es existiert weder ein Leitbild, das diesen Namen verdient, noch eine halbwegs plausible Studie zu den Auswirkungen auf Arbeit und Gesellschaft: Das Seco plappert schönfärberisch die Propaganda der Digitalkonzerne nach und räumt mit maximaler Anstrengung jeden Versuch aus dem Weg, parlamentarisch die Digitalisierung wenigstens rudimentär mitzugestalten. Nicht einmal bei den extremsten Übergriffen auf unsere Grundrechte, bei der missbräuchlichen Sammlung und Verwendung von Data-Mining-Techniken unserer persönlichen Daten. Wie das Beispiel Digitalrat und Patientendossiers zeigt, machen sich Regierung und Verwaltung sogar zu bewussten Komplizen der Konzerne bei der Beugung von Volkswillen und Gesetz. Der US-Riese Google sass bei den geheimen Sitzungen mit am Tisch, aber weder Gewerkschaften noch Datenschützer\*innen, Patientenorganisationen oder Konsument\*innen etc. durften mitreden. Offenbar ist das Thema für die Konzerne und die rechte Mehrheit zu wichtig und zu profitabel,

um sich bei ihrem Treiben vom Volk stören zu lassen. Allein dies müsste uns in höchste Alarmbereitschaft versetzen.

→ syndicom hat ihre Positionen zur Digitalisierung bereits 2017 im Manifest «Arbeit 4.0. Die digitale Arbeitswelt» formuliert.

**Potenziale realisieren.** syndicom erkennt in einer sozialen und demokratischen Digitalisierung hohe Potenziale für Produktivitätsgewinne, verkürzte Arbeitszeiten, generell mehr freie Zeit, bessere Arbeit, ökologische Mobilität, ökologische Produktion und ökologischen Konsum, Aus- und Weiterbildung, vertiefte demokratische Teilhabe, Re-Lokalisierung, neue Solidaritäten, Gleichstellung, Autonomie und menschliche Entwicklung. Allein schon die Auflistung solcher wünschbaren Entwicklungen macht deutlich, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht realisiert werden, wenn sie allein dem Kriterium «privater Gewinn» unterstellt werden. So wie die öffentliche Hand vor 1985 für die fortschrittlichen Entwicklungen der Gesellschaft (Arbeitsschutz, Arbeitszeiten, Mitbestimmung, Grundrechte, Gewerkschaftsrechte etc.) eine wichtige Rolle gespielt hat, muss sie heute die Digitalisierung aktiv mitgestalten.

Dafür braucht es einen digitalen Service public. Das meint einen Service public, der auf die Digitalisierung einwirkt, nicht einen digitalisierten öffentlichen Dienst. Die Digitalisierung der öffentlichen Hand darf nicht zu Arbeitsplatzabbau bei der öffentlichen Hand, Intransparenz, Auslagerung von Aufgaben an die Bürger\*innen und Reduktion der Leistungen der Dienste führen.

**Herausforderung für die Gewerkschaft.** syndicom handelt im Wissen, dass die Digitalisierung die kollektiven Organisationen der Arbeitnehmenden vor immense Aufgaben stellt (etwa die Erweiterung des gewerkschaftlichen Mandates auf Selbständige und Scheinselbständige, auf höher qualifizierte Berufsleute, auf neue Kommunikationsformen u.v.a.m.). Und dass diese Herausforderungen nun, in der beschleunigten Digitalisierung, keinen Aufschub dulden. Ebenso klar ist, dass syndicom ihre politische Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit erhöhen muss.

## 10.1 Die drei Ebenen unserer Intervention

- syndicom verteidigt die Jobs und die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder im digitalen Umbau. Zum einen geschieht dies in sozialpartnerschaftlichen Konflikten und Verhandlungen, die auf GAV und weitere Abkommen zielen. Zum anderen verlangen die Versuche der Arbeitgeber und ihrer Politiker\*innen, die generellen Arbeitsbedingungen (etwa die Arbeitszeiten) zu verschlechtern, eine starke politische Intervention der Gewerkschaft im Verbund mit anderen Gewerkschaften, dem SGB und weiteren politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern.
- syndicom als Gewerkschaft der Netzwerke ringt um die Verstärkung und Neubegründung des Service public. Sie versteht sich als Koordinatorin und Anregerin für andere Gewerkschaften des Service public und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung.
- syndicom setzt sich zum Ziel, den Service public durch eine digitale Dimension, einen **digitalen Service public**, zu erweitern. Das ist im digitalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, damit der Service public seine Kernaufgaben auch in einer digitalisierten Schweiz erfüllt. Die Digitalisierung verändert den klassischen Service public (etwa im Verkehr mit dem Publikum). Aber sie schafft auch Probleme und Bedürfnisse, die dem klassischen Service public unbekannt waren. Dazu gehören der erweiterte Datenschutz, die Datensicherheit und Datenhoheit. Die digitale Spaltung der Gesellschaft. Die neuen

Arbeitsformen wie Homeoffice und Plattformarbeit, die reguliert werden müssen. Die veränderten Anforderungen an Ausbildung und lebenslange Qualifizierung. Die Transparenz von Algorithmen. Und einiges mehr. Siehe Mind Map.

## 10.2 Mindmap Digitaler Service public

- **Service public plus. Digitale Allmend**
  - Schaffung digitaler Grundrechte
  - Zugang aller zu diesen digitalen Grundrechten
  - Rechtsetzung und Rechtssicherheit im Sinne einer sozialen und demokratischen Digitalisierung
  - Mechanismen zur Garantie der Datenhoheit und der Transparenz
  - Nachforschungsstelle für Verletzungen der Datenhoheit
  - Open Source, Open Software, Open Hardware
  - Öffentliche Einrichtungen für den Maker-Space (digitale Werkstätten, FabLabs)
  - Reform von Aus- und Weiterbildung
  - Öffentliche Suchmaschinen und Datenbanken (Wiki-Prinzip)
  - Datenbank öffentlicher Algorithmen
  - Garantie analoger Zugänge
  - Unterbindung von Cyber-Kriminalität
  - Debatte, ergebnisoffen!, für die Anwendung elektronischer Systeme für die Ausübung der demokratischen Rechte
  - Big-Data-Lösungen des Service public für KMU und Einzelne
  - Nachrichtensicherheit und Medienökologie
  - (...)
- **Arbeit, Homeoffice, Plattformen**
  - Digitalisierung verändert zentral die Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen und hat damit das Potenzial, die sozialen Errungenschaften in der Arbeitswelt auszuhebeln. Für den Service public stellt sich die Aufgabe, diese neuen Arbeitsformen nach dem Prinzip «Leitplanken» zu regulieren, diese Regulierungen durchzusetzen und Entwicklungen der digitalen Arbeit ordnend zu begleiten. Subsidiär muss der Service public die sozialpartnerschaftlichen Absprachen stützen, indem mit Allgemeinverbindlicherklärungen die Reichweite von GAV unterstützt und mit einem universellen Arbeitsvertrag die neuen und die prekären Arbeitsformen, die sich jenseits eines nationalen Rechtsraums bewegen (Plattformarbeit), rechtlich verankert werden.
  - Universeller Arbeitsvertrag (siehe 10.3)
  - Regulierung des Homeoffice
  - Garantie maximaler Arbeitszeiten, Massnahmen gegen Entgrenzung dieser Arbeitszeiten
  - Recht auf Abschalten und Unerreichbarkeit
  - Verkürzung der Arbeitszeiten
  - (...)
- **Datenschutz, Datenhoheit**
  - Datenschutz scheint in Zeiten, da jede Nutzerin und jeder Nutzer von Handys, Internet und Social Media enorme Datenspuren produziert, ein überholtes Thema zu sein. Dass dies eine irriige Annahme ist, zeigen die zahllosen Versuche von Datenkonzernen, per Zwang, Softwarefallen oder Geld an mehr Daten zu kommen, zum Beispiel gegenwärtig an Patientendaten. Zieht eine Regierung etwa für eine Tracking-App zur Seuchenbekämpfung das neue Konglomerat Google-Apple bei oder einen US-Datenkonzern wie Palantir, werden unsere Patientendaten sehr schnell für

- Personalchefs, Krankenkassen, Polizei, Partnerinstitute oder Pharmakonzerne abrufbar sein.
- Darum braucht es innovative Formen von Datenschutz und Datensicherheit, für die der Service public Instrumente schaffen muss. Angefangen beim ersten Digitalen Grundrecht, das die Datenfrage vom Kopf wieder auf die Füße stellt: Die Hoheit über die eigenen Daten liegt bei den Einzelnen.
  - Prinzip getrennter und abgeschirmter Datensysteme
  - Prinzip der Voranmeldung einer Datennutzung
  - Starkes Datenschutzgesetz und starke Überwachungsinstitutionen (öffentliche Aufgabe, keine Selbstüberwachung der Konzerne)
  - Meldepflicht bei Datenverkettung, bei Kommerzialisierung etc.
  - Recht auf Löschung von Daten (verpflichtend für Datenbankbetreiber)
  - Verbot von ökonomischen Anreizen bei Datenüberlassung
  - Bei Daten, für deren Weitergabe ein starkes öffentliches Interesse besteht (etwa Patientendaten): Klare und durchgesetzte Zugriffsbeschränkungen, selektive Zugriffsformen, Entwicklung neuer Sicherungsmechanismen, Pflicht von Zugriffsmeldungen, gesetzliche Garantieförmlichkeiten bei Datenlecks (etwa das Verbot, solche Daten bei Bewerbungen, Prämienfestsetzungen etc. zu nutzen, Straftatbestand)
  - Einrichtung einer Nachforschungsstelle (Service public)
  - Kennzeichnungspflicht von Datenfallen in einer Software, einer App oder einem Gerät
  - Zwingende Ausschaltbarkeit dieser Datenfallen (etwa des GPS)
  - (...)
- **Recht auf Abschirmung**
    - Recht auf Abschalten, digitale Auszeit
    - Prinzip: Jeder Kauf, jede Dienstleistung, jeder administrative Vorgang muss auch anonym und analog möglich sein
    - Frei verkäufliche anonymisierte Zugangskarten für jede Form von Kauf, Dienstleistung, Netzaktivität. Sicherung des Bargeld-Verkehrs
    - Wegwerf-Mailadressen (einmaliger Gebrauch)
    - (...)
  - **Zugang**
    - Digitales Grundrecht: Zugang zu allen digitalen Diensten
    - Creative-Commons-Lizenzformen (Service public), freie Lizenzen
    - Veröffentlichung von relevanten Algorithmen nicht nur der öffentlichen Hand
    - Restriktive Patentierung
    - Offene Protokolle
    - Gezielte Förderung von offenen Wissensbanken und Diensten (wie Wiki)
    - Transparente Blockchain-Anwendungen
    - Open Net (die Notwendigkeit, das immer stärker Konzern-beherrschte Internet durch ein wirklich offenes Netz abzulösen. Open Internet)
    - Verhinderung von Zwangseinbindungen (etwa Zugang nur über Facebook)
    - Aufbau öffentlicher Suchmaschinen
    - Recht auf Behebung einer digitalen Diskriminierung
    - (...)
  - **Kampf gegen die digitale Spaltung**
    - Flächendeckende Netze
    - Bildungs- und Aufklärungsprogramme (Bons)
    - Anlaufstelle SOS digital

- Gratiszugang zu Diensten
- Modelle für den Gratiszugang zu Hardware
- (...)
- **Plattformökonomie**
  - Prinzip der Favorisierung und der aktiven Förderung echter Tauschplattformen
  - Kontrolle kommerzieller Plattformen, gesetzliche Regulierung
  - Keine Scheinselbständigkeit, Meldepflicht, Unterstellung unter Sozialversicherungen (keine Uberisierung)
  - Universeller Arbeitsvertrag. Jede Dienstleistung gegen Entgelt begründet automatisch einen Arbeitsvertrag.
  - Neues Arbeitsrecht für Heimarbeit
  - Verbot resp. einschränkende Kontrolle von Unterakkordantenketten
  - Starke Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen in Bezug auf die Nutzung von Plattformarbeit
  - (...)
- **Digitale Ökologie**
  - Gezielte Erforschung und Anwendung von digitalen Instrumenten in der Ökologie (Leit- und Netzwerktechniken, Mobilität und kombinierte Verkehrssysteme, Informations- und Kommunikationstechniken...)
  - Ökologie digitaler Systeme (Energieverbrauch)
  - (...)
- **Steuern/Sozialversicherungen**
  - Für transnationale Digitalkonzerne wie die GAFA (Google, Apple, Facebook und Amazon) muss gelten: Steuern am Ort der Wertschöpfung (unabhängig von der physischen Präsenz eines Unternehmens), neue Definition der Wertschöpfung
  - Formen schaffen, um die Maschinenarbeit in jeder Form zu besteuern und an der Finanzierung der Sozialversicherung zu beteiligen
  - (...)
- **Roboter und automatisierte Systeme**
  - Kenntlichmachung von Bots etc. (Identifikationspflicht)
  - Klare Regulierung für den Einsatz von Drohnen und Nanomaschinen in jeder Form
  - (...)
- **Recht**
  - Das bestehende Recht ist an die digitalen Herausforderungen anzupassen. Das beginnt bei der Definition digitaler Grundrechte, umfasst aber auch zahlreiche weitere Gesetzesbereiche. Dafür schafft der Service public eine Forschungsstelle.

### 10.3 Das Klickproletariat und das Projekt, einen Universellen Arbeitsvertrag einzurichten

Heute regeln sehr unterschiedliche Formen von Arbeitsverträgen die Arbeitsverhältnisse. Das war schon immer störend. Mit der Digitalisierung, mit der immateriellen Produktion brechen nun neue Formen von Scheinselbständigkeit, prekärer Arbeit, Plattform- und Auftragsarbeit, Homeoffice durch. Das Ziel der Arbeitgeber dabei ist, die Arbeit noch billiger zu machen. Dies wird mit einer massiven Propaganda von Ich-AG, «Start-up» und ähnlichem Geschwätz schönegeredet. In Wahrheit ist das eine gesellschaftliche Zeitbombe. Sie schafft ein neues Klick-Proletariat und bringt immer mehr *Working Poor* hervor.



Wir stellen ein Prinzip dagegen: Jede Form von Arbeit gegen Entgelt begründet automatisch einen Arbeitsvertrag. Nicht irgendeinen Arbeitsvertrag, sondern einen gesetzlich geregelten Grundvertrag. Wir nennen ihn Universellen Arbeitsvertrag. Er begründet Sozialversicherungsleistungen, Ferienansprüche, Lohn etc. auf Höhe eines entsprechenden GAV. Das kann die öffentliche Hand durch eine Novelle des Arbeitsrechts (OR etc.) lösen. Oder mit einem neuen Verfassungsartikel 110 BV, der ein Recht auf Arbeit einführt<sup>7</sup> (was im OR dann in Form des Universellen Arbeitsvertrages ausgeführt würde).

### **Homeoffice**

Homeoffice öffnet die Türe zur Scheinselbständigkeit, zur Verletzung sozialer Mindeststandards und zur Uberisierung ganzer Wirtschaftszweige via Plattformen. Das kann teilweise über sozialpartnerschaftliche Absprachen verhindert werden. Die öffentliche Hand muss Rahmenbedingungen schaffen. Besonders problematisch sind: Arbeitszeiten, Kontrolle (die Arbeitgeber setzen zum Teil sehr intrusive Instrumente ein, um sich der Arbeitsmoral der heimarbeitenden Angestellten zu versichern), Stücklohnpraktiken, Überwälzung von Infrastrukturkosten auf die Arbeitenden, arbeitsmedizinische Aspekte (Ergonomie etc.), und nicht zuletzt Vertragsformen, welche die Arbeitenden um soziale Ansprüche bringen.

### **Digitaler Taylorismus**

An digitalisierten Arbeitsplätzen werden immer mehr kaschierte Instrumente eingesetzt, welche die Arbeitenden kontrollieren und steuern sollen (Stimmkontrolle, Arbeitsfortschrittskontrolle, Emotionskontrolle etc.). Das erhöht den Stress und setzt, kombiniert mit anderen persönlichen Daten (Abwesenheiten, Krankheiten, Berichte der Vorgesetzten) die Arbeitenden diskriminierenden Massnahmen aus. Gewerkschaftliche Gegenwehr: Obligatorische Meldung jeder Kontroll- und Steuerungstechnik, Einführung nur per sozialpartnerschaftlicher Übereinkunft. Und, elementar: Das Recht auf die eigenen Daten und ausgebauten Mitbestimmungsrechte in der Jobgestaltung. Der Service public muss dafür die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen schaffen.

### **Digitalrat**

Gesellschaftliche Umwälzungen wie die Digitalisierung verlangen eine breite gesellschaftliche Diskussion. Dafür hat Corrado Pardini (SP/BE) im Sommer 2019 im Nationalrat gefordert, der Bundesrat solle einen ständigen Hohen Rat für die digitale Transformation einsetzen. Aufgabe: Die tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen zu begleiten, die durch die digitalen Transformationen eingeleitet werden. Die Zusammensetzung dieses unabhängigen Hohen Rates soll die Schweizer Gesellschaft breit abbilden.

### **Ethik-Charta des digitalen Service public**

Die Arbeit des Service public spiegelt das Allgemeininteresse und ist auf das Gemeinwohl gerichtet. Darum unterscheidet sich der Service public in seinen Motivationen und seinen Arbeitsformen von der profitorientierten Wirtschaft. Die Gewerkschaft syndicom will deshalb die Neubegründung des Service public für das digitale Zeitalter auf die Grundlage einer Ethik-Charta stellen.

---

<sup>7</sup> Das Recht auf Arbeit ist in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert, in Artikel 1 der Europäischen Sozialcharta und in Art. 6 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

## 11 Service public in den Sektoren und IG

### 11.1 Sektor Logistik

Eine gut funktionierende Grundversorgung ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Bevölkerung und die Unternehmen. Die «vielfältige, preiswerte und qualitativ hochstehende Versorgung aller Landesteile» mit Post- sowie Zahlungsverkehrsdiensten – eine Passage aus dem Postgesetz (Art. 1, Art. 22) – ist die *raison d'être* der Post, welche auch zukünftig Bestand haben soll. Die Grundversorgung muss dabei laufend an die geänderten Bedürfnisse der Bevölkerung und an die technischen Möglichkeiten angepasst werden.

#### **Digitale Geschäftsfelder sozialverantwortlich erschliessen**

Ein wichtiger Treiber für die zukünftige Entwicklung der Postdienste ist die zunehmende Digitalisierung. Die Digitalisierung ermöglicht es, bestehende Leistungen effizienter zu erbringen, Synergien mit anderen Dienstleistungen zu nutzen und völlig neue Dienstleistungen zu entwickeln. Beispiele für völlig neue Grundversorgungsleistungen wären z.B. die Einführung einer E-ID, eines E-Voting-Systems oder eines elektronischen Patientendossiers.

Das «digitale Postgeheimnis» sowie das Vertrauen in den «Volksbetrieb» Post spielen eine Schlüsselrolle. Hervorzuheben gilt es die in den strategischen Zielen des Bundesrates verankerte Maxime einer «fortschrittlichen und sozialverantwortlichen Personalpolitik» für die über 50 000 Angestellten des gesamten Postkonzerns.

Es handelt sich dabei nicht zwingend um Dienstleistungen, die in der Kernkompetenz der Post liegen. Sie verfügt aber über das nötige Know-how, die Ressourcen und das Vertrauen der Bevölkerung, um solche neuen Grundversorgungsleistungen entwickeln und sich so neue Marktfelder erschliessen zu können.

#### **Flächendeckende, physische Präsenz zur Grundversorgung**

Die Herausforderungen in den Bereichen der Ökologie, Raumplanung und Mobilität bedingen, dass das logistische Netz feingliedriger wird. Neben Dienstleistungen wie Paketautomaten, Postagenturen bei Dritten oder Hausservice gehört auch eine physische Präsenz, wie sie durch Poststellen sichergestellt wird. Ansonsten wird der Onlinehandel und das dadurch immer grössere Paketvolumen zu massivem Mehrverkehr führen, insbesondere in den Ballungszentren.

Das Netz mit seinen verschiedensten Zugangspunkten ist nur wirtschaftlich zu betreiben, wenn es als Teil der Grundversorgung betrachtet wird. Dabei kann auch eine Öffnung für weitere Anbieter und Dienstleistungen geprüft werden. Dies findet derzeit zwar statt, allerdings nur bei Produkten ausserhalb der Logistik.

#### **Eigenwirtschaftlichkeit der Post dank Verknüpfung mit Zahlungsverkehr**

Eine selbsttragende Erbringung der postalischen Grundversorgung ist nur mit einer Verknüpfung mit dem Zahlungsverkehr möglich. Eine Privatisierung von PostFinance würde der Verknüpfung der Dienstleistungen zuwiderlaufen und in der Folge einen Qualitätsabbau und eine Verteuerung auslösen.

Für die Eigenwirtschaftlichkeit ist die Kapitalzusicherung des Bundes für PostFinance

unabdingbar. Auch eine Erweiterung der Geschäftsfelder von PostFinance im Bereich des Kredit- und Hypothekarmarktes könnte die Einnahmeausfälle kompensieren.

## 11.2 Sektor ICT

Der Service public ist mehr als nur die gesetzlich geregelte Grundversorgung: Er umfasst Infrastrukturgüter und -dienstleistungen, die in allen Regionen zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und für angemessene Preise zur Verfügung gestellt werden – durch Unternehmen und Betriebe in staatlichem Eigentum, seit vielen Jahren ergänzt durch Privatunternehmen.

Die Corona-Krise zeigt auf, wie wichtig der Service public für Gesellschaft und Wirtschaft ist: beispielsweise in Gesundheitswesen, Logistik/Transport, Telekommunikation, Medien, Bildung, Kultur etc. Gleichzeitig legt die Krise schonungslos offen, dass ein hoher Investitionsbedarf der öffentlichen Hand besteht, da praktisch alle Bereiche an ihre Grenzen gestossen sind. Dabei muss besonders auch in die Lohn- und Arbeitsbedingungen investiert werden. Mit den Investitionen in den Service public können entlang der Wertschöpfungskette neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

In Ergänzung zu oder als Teil der Wertschöpfungskette von staatlichen Betrieben können private Unternehmen in der aktuellen Ausgestaltung einen Beitrag zu einem leistungsstarken Service public leisten. Im Gegensatz zur öffentlichen Verwaltung und zu staatlichen Betrieben hat der Staat bei solchen privaten Unternehmen jedoch nur eine beschränkte Interventionsmöglichkeit (z.B. hinsichtlich Überwachung, Regulierung und Finanzierung).

Da bei Privatunternehmen eine solche demokratische Kontrolle und Legitimation häufig fehlen, kommt den Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpartnerschaft eine umso wichtigere Rolle zu: Mit Gesamtarbeitsverträgen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Mitbestimmung der Arbeitnehmenden regeln, entsteht ein wichtiges Korrektiv.

Die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft durch die Digitalisierung bietet die Chance, die Versorgung mit Infrastrukturgütern (z.B. Strassen) und Infrastrukturdienstleistungen (inkl. Daten/Informationen) zugunsten der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft z.B. mit neuen Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln. Beispiele für gesellschaftlich nützliche Investitionen, die über Kontakte zu Unternehmen, Verbänden, Politik und Behörden vom Sektor ICT unterstützt werden, sind:

- **E-ID:** Eine elektronische Identität, von der öffentlichen Verwaltung gemeinsam mit geeigneten Staatsbetrieben entwickelt.
- **Breitband:** Landesweite Erschliessung mit schnellem Internet unter Berücksichtigung der jeweils effizientesten Technologie.
- **5G:** Kommunikationsnetz mit erhöhter Kapazität und Leistungsfähigkeit für Bevölkerung und Werkplatz.
- **Daten:** Anwendungen in Bezug auf Open Data, unter dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung und der Datenhoheit.
- **Digitale Konversion:** Umschulung auf neue Berufsbilder, die von der Digitalisierung begünstigt werden (Finanzierung bspw. durch die Arbeitslosenversicherung, unterstützt durch die Berufsberatung).
- **Digitale Bürger\*innen-Portale:** Zugang zur Verwaltung für Bürger\*innen und auch Portale für Unternehmen.
- **Vernetzte Mobilität:** Von der Steuerung und Optimierung des Verkehrs(flusses) bis zu selbstfahrenden Fahrzeugen.

### 11.3 Sektor Medien

Die Medien erbringen für die Information über Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft einen essenziellen Dienst an der Öffentlichkeit. Ihnen kommt in der Meinungsbildung und demokratischen Auseinandersetzung eine unverzichtbare Rolle zu. Daher sind Nachrichten und journalistische Informationen keine Handelsware, darum sind die öffentlichen wie auch die privaten Medien Teil des Service public.

Diese Funktion der Medien ist jedoch aus vielen Gründen gefährdet:

- Die Geschäftsmodelle der privaten Verlage, die den Journalismus mit den Einnahmen aus Inseraten und Werbung finanzierten, brechen langsam weg.
- Einige Medienkonzerne haben sich durch Aufkäufe und Medienfusionen regional monopolähnliche Positionen geschaffen.
- Parallel dazu wird auch der Medienmarkt globalisiert, die Tech-Giganten und Sozialen Medien dominieren die Informationsverbreitung immer mehr. Sie schöpfen einen Grossteil der digitalen Werbeeinnahmen ab, ohne dass sie eigene journalistische Leistungen erbringen.
- Während in den Zeitungen und Zeitschriften seit 2011 mehr als 3400 Stellen von Medienschaffenden abgebaut wurden, haben Wirtschaftsakteure und Verwaltung ihre interessengebundene Kommunikation ausgebaut.
- Auch die SRG, der mediale Service public im engeren Sinne, zentralisiert ihre Redaktionen und baut infolge politischen Drucks Stellen ab. Sie hat weiterhin eine hohe Reichweite und Verankerung in der Bevölkerung. In Regionen mit ausgeprägter Dominanz durch private Medienunternehmen trägt die SRG zu einer gewissen publizistischen Vielfalt bei.
- Die gesamte Beschäftigungslage für Medienschaffende hat aber dank neuer Onlinemedien und wegen der Zunahme bei den selbständig erwerbenden Medienschaffenden um rund 5 Prozent zugenommen. Viele von ihnen haben jedoch tiefe Einkommen.

Die Umwälzungen in der Branche sind fundamental, der Bedarf an Medien, die nach journalistischen Handwerksregeln erstellt sind, hat seit der Corona-Pandemie allerdings zugenommen. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um den medialen Service public finanziell sicherzustellen.

Die SRG ist das Medienunternehmen, das vollständig im medialen Service public angesiedelt ist und einen klaren Leistungsauftrag bekommt. Sie hat weiterhin eine hohe Reichweite und eine solide Verankerung in der Bevölkerung. In Regionen mit ausgeprägter Dominanz durch private Medienunternehmen trägt die SRG zu einer gewissen publizistischen Vielfalt bei. Die SRG kann im laufenden Nutzungswandel nicht auf lineare Radio- und TV-Beiträge beschränkt werden, sondern muss sich zur Erfüllung ihres Leistungsauftrags auch online entwickeln können. Einzig die Werbebeschränkungen sind beizubehalten bzw. zu verschärfen. Der Leistungsauftrag soll ein noch stärkeres Gewicht auf Informations- und Kulturbeiträge legen. Für die Finanzierung der SRG ist weiterhin der Hauptanteil der Haushaltsabgabe einzusetzen, heute sind dies 1,245 Milliarden Franken. Da die Werbeeinnahmen der SRG von rund 400 Millionen Franken rückläufig sind, ist die Plafonierung der Haushaltsabgabe nicht sinnvoll. Eine entsprechende Erhöhung des Gebührenanteils ist zu prüfen.

Gewerkschaftliche Forderungen zur Sicherung des medialen Service public von privaten und öffentlichen Medien:

- Die Medienförderung mit öffentlichen Geldern muss für alle Mediengattungen ausgebaut werden, um langfristig die für die Demokratie relevante Medienvielfalt zu sichern.
- Das Medienförderpaket des Bundes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Insbesondere die neue Onlinemedienförderung und die gemeinsamen Fördermassnahmen für die journalistische Ausbildung, den Presserat und den SDA-Basisdienst sind positiv.
- Die ausgebauten Medienförderung darf weder auf Kosten der SRG noch der lokalen und regionalen Anbieterinnen von audiovisuellem Service public gehen. Eine Erhöhung der Gebühren soll kein Tabu sein.
- Der Basis-Dienst der Keystone-SDA ist bald in eine nicht gewinnorientierte Struktur zu überführen.
- Die hohen Erträge der Tech-Giganten und Sozialen Medien müssen mit Abgaben zugunsten der Publizistik belastet werden. Generell müssen Gewinne, die direkt oder indirekt mit Information erzielt werden, mindestens teilweise in die Publizistik zurückfliessen.
- Um die Unabhängigkeit der Journalist\*innen zu stärken, verlangt syndicom, dass Medienförderung in einem nächsten Schritt gekoppelt wird an den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen und die Einhaltung von Qualitätsstandards.
- Langfristig ist der Fokus auf eine direkte Journalismusförderung (Recherchen, Ausbildung, Infrastruktur usw.) sinnvoll. Dafür braucht es eine neue verfassungsmässige Grundlage.
- Selbständige und Freischaffende spielen eine wichtige Rolle in den Medien. Die Arbeitslosenversicherung und die generelle soziale Absicherung müssen auf Selbständige ausgeweitet werden, um sie besser zu schützen.

Die Erfahrungen nach der bald zwei Jahre dauernden Pandemie-Krise zeigen, dass die Arbeit von vielen Wirtschaftszweigen und Berufen essenziell ist für das Funktionieren der Gesellschaft. Es geht dabei nicht einzig um den Service public im engeren Sinne. Auch die Arbeitnehmenden im Buch- und Medienhandel, in der visuellen Kommunikation und in der grafischen Industrie tragen dazu bei, die Produktion und den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kulturgütern sicherzustellen.

## 11.4 Interessengruppen

Das Kongresspapier zeigt eindrücklich auf, welche Herausforderungen, aber auch Chancen der Service public gerade auch für spezifische Personengruppen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen bietet.

Besonders zentral ist für uns, dass der Service public diskriminierungsfreien Zugang zu wichtigen Services, also Dienstleistungen und Gütern bietet, der allen offensteht – egal ob männlich, weiblich oder nonbinär, egal ob jung oder alt, egal ob hier oder im Ausland geboren, egal ob angestellt oder (teil-)freischaffend.

Deshalb wird begrüsst, dass das Papier einen sehr breiten Begriff des Service public etabliert. Für berufstätige Frauen steht hier beispielsweise die Kinderbetreuung im Mittelpunkt, für unsere Kolleg\*innen im Rentenalter eher die Gesundheitsversorgung und Pflegeheime. Aber all diesen Gütern, die öffentlich mit dem Service public zur Verfügung gestellt werden und gestellt werden sollen, ist gemein, dass sie das Leben und Zusammenleben aller an zentralen Punkten vereinfachen und verbessern.

Gute und fortschrittliche Arbeitsbedingungen sind gerade für Frauen wichtig, um endlich die reale Gleichstellung zu erreichen. Sie sind es oft, die von Homeoffice und Digitalisierung negativ betroffen sind, weil sie stärker den Mehrbelastungen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie oder Angehörigenbetreuung ausgesetzt sind. syndicom muss dafür sorgen, dass der Service public weiterhin fortschrittliche Arbeitsbedingungen bietet und mit gutem Beispiel vorangeht, um die tatsächliche Gleichstellung zu verwirklichen.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass der Service public sich stetig weiterentwickeln muss. Das Kongresspapier legt auch hier den richtigen Fokus. Der Service public muss digitaler werden – um mit der Zeit zu gehen, aber auch um junge Menschen anzusprechen. Er muss aber auch dazu beitragen, die digitale Spaltung unserer Gesellschaft abzubauen und damit die ältere Generation in die digitale Welt (vermehrt) einzubeziehen. Die Digitalisierung bringt aber auch Risiken mit sich. Unser Auftrag als Gewerkschaften ist es, diese abzuwenden und den Chancen zum Durchbruch zu verhelfen.

Letztendlich kommt dem Service public auch zwingend eine demokratische Rolle zu, auf die nicht verzichtet werden kann. Wir bestimmen gemeinsam über ihn, und er ist der Bevölkerung verpflichtet. Dabei muss berücksichtigt werden, dass gut 37 % der Bevölkerung nicht stimmberechtigt sind – weil sie minderjährig sind oder nicht über einen Schweizer Pass verfügen. Sie in die Gestaltung des Service public einzubeziehen, ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Es ist aber auch eine Chance, jenen 3 Millionen Mitbürger\*innen ohne Stimmrecht eine Stimme zu geben. Überdies ist für diese Gruppen der Service public auch als Arbeitgeber zentral. Er bietet Zehntausenden Migrant\*innen gute Arbeit und unzähligen jungen Menschen hochstehende Berufslehren und einen gesicherten Einstieg ins Arbeitsleben. Ohne die Arbeit der Migrant\*innen würde der Service public letztlich zusammenbrechen, und hier zeigt sich auch die Schweiz, wie sie wirklich ist: eine migrantisch geprägte Willensnation.

Aus Sicht der Interessengruppen ist auch das Ansprechen neuer Arbeitsformen äusserst wichtig, die das Kongresspapier diskutiert. Unter digitalem Taylorismus leiden schlussendlich die bereits heute Marginalisierten. Wie bei der klassischen Heimarbeit sind es mehrheitlich Frauen. Dazu kommen aber auch viele junge Menschen, die niemals eine andere Arbeitsform kennenlernen, wenn unsere gewerkschaftliche Intervention nicht erfolgreich ist. Dabei bietet die Digitalisierung der Arbeit auch Chancen. Es gilt diese unbedingt auch als Gewerkschaft massgeblich zu prägen. Richtiges Homeoffice, sprich Arbeiten von zu Hause aus mit Zeitautonomie, aber unter Wahrung der üblichen Arbeitsrechte, ist ein Wunsch vieler (aber längst nicht aller) junger Menschen. Was sich klar nicht durchsetzen darf, ist, Arbeitnehmende in die Plattformökonomie zu zwingen, die eigentlich einen regulären Arbeitsplatz vorziehen würden. In den kommenden Jahren muss syndicom weiterhin alles tun, um diese neue Form von digitaler Arbeit auf Abruf zu unterbinden und für alle Beschäftigten gute Jobs sicherzustellen. Es gilt aber auch, für Freischaffende wie Grafiker\*innen, Fotograf\*innen, Texter\*innen, Illustrator\*innen und ICT-Spezialist\*innen gute, nicht ausbeuterische, selbstbestimmte Arbeit weiterhin sicherzustellen – ohne Preisdumping durch internationale Plattformen und übermässigen Zeitdruck.

Ein zentraler Aspekt ist zudem, dass Junge nicht gegen Alte, Frauen nicht gegen Männer, Migrant\*innen nicht gegen hier Geborene, sowie fest Angestellte nicht gegen (Teil-)Freischaffende ausgespielt werden. Die Vision, die im Kongresspapier vorgestellt wird, tut dies explizit nicht. Das Kongresspapier will mit dem Service public mehr sozialen Ausgleich

herstellen, digitale und klassische Grundrechte sichern sowie die Rechtsgleichheit durchsetzen. Für marginalisierte Gruppen ist dies überlebenswichtig.

Die Angriffe der Neoliberalen auf unseren Service public abzuwehren, ist deshalb auch aus Gleichstellungsperspektive eine zentrale Aufgabe für die Gewerkschaft syndicom.

### **Auszug aus der Stellungnahme der IG Pensionierte**

Der Service public in der Schweiz hat nach wie vor und in vielen Bereichen eine hohe Qualität. Unter dem Vorwand der Digitalisierung und unter dem Druck der Gewinnablieferung ist jedoch ein schleichender Abbau der Leistungen im Gang. Darunter leiden vor allem ältere Menschen, Armutsbetroffene, Menschen mit schlechter Schulbildung und Menschen mit Migrationshintergrund. Die IG Pensionierte fordert den syndicom-Kongress auf, die negativen Auswirkungen des Leistungsabbaus und der Digitalisierung auf ältere sowie in verschiedener Hinsicht benachteiligte Menschen zu benennen und konkrete Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Zentral sind aus Sicht der IG Pensionierte folgende Punkte:

- Nicht alle Menschen können sich ein Smartphone oder einen PC mit Internetanschluss leisten oder finden sich mit der Digitalisierung zurecht. Für sie braucht es weiterhin eine kostenlose und gut erreichbare Beratung per Telefon oder am Schalter. Die schlechte Unterstützung von Kundinnen und Kunden ist aus Sicht der Pensionierten ein Hauptübel der Leistungserbringer. Die Zugänglichkeit und Verständlichkeit von Informationen auf Websites sind ungenügend.
- Mündliche Beratungen am Schalter oder am Telefon müssen gebührenfrei und zu den üblichen Geschäftszeiten erreichbar sein.
- Der Schliessung von Poststellen und dem Abbau von Leistungen der Briefpost muss Einhalt geboten werden.
- Die Leistungserbringer sind zu verpflichten, ihre Kundinnen und Kunden partizipativ in die Weiterentwicklung der Services einzubeziehen. Mindestens sollen sie vor Veränderungen angehört werden.

**syndicom**  
**Monbijoustrasse 33**  
**Postfach**  
**3001 Bern**

**[syndicom.ch](http://syndicom.ch)**